NEUES SCHANZEN LEBEN



Dez/91

2,50

Solidarität ist eine



In der Schalom-Gemeinde in Norderstedt spitzt sich die Situation immer mehr zu. Nachdem das Ultimatum der Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, die eine Rückkehr der Flüchtlinge nach Greifswald bis zum 10.11. forderten, abgelaufen war, und auch die Busse, die am 14.11. im Auftrag der Landesregierung die Flüchtlinge von Norderstedt nach Greifswald bringen sollten, leer von Norderstedt wegfuhren, wird auf die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen verstärkt Druck ausgeübt.

Durch die laufende Medienhetze gegen sie - in Greifswald fand angeblich keine gefährdende Bedrohung der Flüchtlinge statt, die UnterstützerInnen hätten die Flüchtlinge und deren Situation für ihre Politik instrumentalisiert, der Rücktransport der Flüchtlinge weg von Greifswald wäre von langer Hand vorbereitet worden und somit eine "geschickt eingefädelte Aktion der Autonomen" gewesen - und durch die in letzter Zeit veröffentlichten Erklärungen der Norderstedter Kirchenleitung soll die Gruppe der Flüchtlinge gespalten und sie und die UnterstützerInnen gesellschaftlich isoliert werden. Kirche und Staat arbeiten nun offensichtlich Hand in Hand. In der Erklärung vom Kirchenvorstand vom 15.11. heißt es, daß die Aufteilung der Flüchtlinge in kleinere Gruppen und deren Unterbringung in verschiedenen Orten in Mecklenburg- Vorpommern eine akzeptable Lösung für die Flüchtlinge sei.
Die Flüchtlinge in Norderstedt erklärten mehrmals eindeutig, daß sie als Gruppe zusammenbleiben wollen und auf gar keinen Fall in die ehemalige DDR zurückkehren werden.

Die Länder und der Staat wollen dagegen jetzt mit allen Mitteln durchsetzen: Die ca. 50 Flüchtlinge sollen in 14 Kleingruppen gespalten und auf verschiedene Orte Mecklenburgs aufgeteilt werden. Die dahintersteckende Absicht ist offensichtlich: Die Flüchtlinge in Norderstedt sind dadurch, daß sie eine große Gruppe bilden, fähig ihre Interessen und sowieso eingeschränkten "rechtlichen Möglichkeiten" zu artikulieren und wahrzunehmen, wozu sie als einzelne Individuen kaum in der Lage wären; dadurch stellen sie eine Gefährdung für diesen Staat dar. Diese Menschen sind keine Objekte mehr, die herumgeschubst werden können, sie handeln gemeinsam und leisten Widerstand gegen die staatliche, menschenverachtende Asylpolitik, die aus flüchtenden Menschen Objekte staatlicher Willkür und rassistischer Angriffe macht. Daß dies den verantwortlichen Politikern nicht paßt, liegt auf der hand.
Es gab neben dem Schutz vor faschistischen Angriffen und der materiellen Unterstützung der Flüchtlinge folgende Solidaritätsaktionen von AntirassistInnen aus Hamburg und Schleswig-Holstein.

Am 5.11., dem Tag, an dem die Flüchtlinge in Norderstedt ankamen, gab es abends eine Spontandemonstration der UnterstützerInnen vom U-Bahnhof Garstedt zum Gemeindehaus der Schalom-Gemeinde.

Am 8.11. haben ca. 30 antirassistische Menschen aus Hamburg das Nordelbische Kirchenamt besucht und eine öffentliche Stellungnahme verlangt zu:

1. die Situation der Flüchtlinge in Norderstedt,
2. zur Politik der EKD, die lt. Ratsvorsitzenden verlangt, daß die Kirche die Unterstützung zur "schmerzlichen Pflicht" der Zwangsumverteilung zusichert und
3. zum Redebeitrag von Probst Hoerschelmann, leitender Pastor der St.Petri-Kirche, den er im Namen der Nordelbischen Kirche auf der Senatskundgebung am 7.11. hielt.

Die Forderungen der BesucherInnen des Nordelbischen Kirchenamtes lauteten:
- Für das uneingeschränkte Bleiberecht von Flüchtlingen!
- Gegen Zwangsumverteilung, speziell der Norderstedter nach Greifswald zurück!
- Für die frei Wahl des Aufenthalts!
- Die Aufhebung des Ultimatums (10.11. bis 12 Uhr) der Schalom-Gemeinde!
- Die staatlichen Stellen aufzufordern, den Flüchtlingen ihrem Wunsch entsprechend den Aufenthalt in Schleswig-Holstein zu garantieren!



Die Flüchtlinge in Norderstedt sagen:

„Wir sind die Flüchtlinge, die nach einem 45tägigen Widerstand in der Anscharkirche in Neumünster nach Greifswald kommen mußten. Unser Widerstand richtete sich gegen die unsicheren Bedingungen in der Ex-DDR, welches die Regierung absichtlich ignorierte .
Wir haben laut an die Öffentlichkeit und die Regierung gerufen, daß wir mit Sicherheit rassistischer Gewalt ausgesetzt und unsere Leben und die unserer Kinder in Gefahr sein würden. Während der Besetzung gab es viele rassistische Angriffe gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in der Ex-DDR. Es wurden sogar Flüchtlinge von Faschisten ermordet. Aber sie wollen nicht die faschistische Gefahr verstehen, der wir ausgesetzt sein würden.
Jetzt haben wir verstanden, daß es der Regierung nur darum ging, das Ansehen zu bewahren und den Status Quo aufrechtzuerhalten; die Regierung mißachtet den Wert von menschlichem Leben, indem sie uns zwang, an solch einen gefährlichen Ort zu gehen.
Unsere Forderungen waren berechtigt, es ging um menschliches Leben. Und uns wurde versprochen, daß es einen ausgezeichneten Schutz in Greifswald gibt. Sie erzählten uns, daß es der sicherste und am besten geschützte Platz in Deutschland sei. Wir haben jetzt erlebt, was hinter diesen Versprechen stand. Alle gemachten Versprechungen waren nichts als Luft.
Am 3.November -bereits innerhalb der ersten Woche- wurden wir und unser Heim von Rassisten angegriffen. Und zwar am hellichten Tag. Es ist genau das eingetreten, worauf wir in Neumünster aufmerksam machen wollten..."

Die Flüchtlinge in Norderstedt brauchen: Decken, Nahrungsmittel, Kinderkleidung und natürlich Geld. Kontakt über Volkshaus der Türkei, Feldstraße über Plaza oder Antirassistisches Telefon 43 15 86

"Und nun frage ich Sie auch, und zwar ganz bewußt auch als Christ: Was ist mit der alten Frau, die seit Jahrzehnten in ihrer Straße wohnt und jetzt erleben muß, wie Wohnung für Wohnung von Ausländern übernommen wird? Wie fühlt sie sich? Was empfindet eine Mutter, deren Kind auf dem Schulhof kaum noch deutsch hört? Was denkt ein Arbeitsloser (vor allem in den neuen Bundesländern), vor dem im Arbeitsamt 5 Ausländer Schlange stehen? (Natürlich sind sie aufs Tiefste verunsichert) Ängste kommen auf (Abwehrhaltungen sind nur zu verständlich.) Aber was passiert mit diesen Ängsten? Sie werden schamlos mißbraucht.
Wo etwas faul ist, sammeln sich sofort die Aasfresser, die Geier und Hyänen. Die Ängste werden geschürt."

Am 20.11. fand eine Öffentlichkeitsaktion in der St.Petri-Kirche statt; im folgenden die Presseerklärung:

"Wir zitieren aus der Rede von Probst Hoerschelmann, St. Petri-Kirche, die im Wortlaut der EKD-Politik, vertreten durch den bisherigen Päsidenten Bischof Kruse, entspricht. "Aber niemand darf die schmerzliche Pflicht des Staates verunglimpfen, in berechtigten Fällen Asylsuchende abzuschieben. Das Asylrecht kann nicht das Vehikel eines ungehemmten Zuzuges sein." In dem Bittgottesdienst "Frieden für die Welt 91" fordern der Bund der Ev. Kirchen und der EKD die Gemeinden auf, sich mit "Gewalt, Armut, Umweltzerstörung" auseinanderzusetzen, die "anhaltende Flüchtlingsströme auslösen". Die empfohlene Auseinandersetzung erschöpft sich in untätigem Gottvertrauen: "Aber Enttäuschung und Ernüchterung machen sich breit. Wir sind weit entfernt von einer Welt ohne Krieg, von einem Ausgleich zwischen Israelis und Arabern, von einem nachlassen der Flüchtlingsströme."

Wir haben heute am Buß- und Bettag mit 35 Menschen in den Ablauf des Gottesdienstes vor der Predigt von Pastor Lembke eingegriffen. Unser Ziel war es, Solidarität und Öffentlichkeit für die Flüchtlinge in Norderstedt zu schaffen.

In unserem Redebeitrag stellten wir zunächst klar, daß "mittlerweile auch Pastor Helmut Frenz und der Kirchenvorstand der Schalom-Gemeinde unter dem massiven Druck der Kieler Landesregierung es für zumutbar halten, daß die Flüchtlinge nach Mecklenburg-Vorpommern zurückkehren." (Zitat Redebeitrag)

Hauptmotiv der Landesregierungen ist, den Ansatz politischer Selbstorganisierung der Flüchtlinge zu zerschlagen (siehe Hintergrund-Papier des Soziaļministers Jansen vom 12.11.91). Weiterhin machten wir auf den rassistischen Inhalt der Rede des Leitenden Pastors der Petri-Gemeinde aufmerksam, die er als einziger Kirchenvertreter am 7.11.91 auf dem Rathausmarkt hielt. "Probst Hoerschelmann redet darin Ängste herbei und schürt sie, um den faschistischen Terror der Straße zu verharmlosen und zu rechtfertigen. Er wirbt um Verständnis für die Befürworter und Täter rassistischer Gewalt, statt sich schützend vor die verfolgten Flüchtlinge zu stellen." (...) "Wir riefen die Mitglieder der Petri-Gemeinde auf, sich von rassistischen Äußerungen dieser Art zu distanzieren, um nicht mitverantwortlich zu sein für die öffentliche Stimmung, die Progrome wie Hoyerswerda erzeugt und der in diesem Jahr bereits 32 Menschen zum Opfer gefallen sind." (Zitat Redebeitrag)

Unser Redebeitrag wurde von Pastor Lembke und durch Orgelmusik mehrfach unterbrochen, schließlich brach er den Gottesdienst ab, um ein weiteres Verlesen des Redebeitrages zu verhindern.

Wir fordern alle Gemeinden der Nordelbische-Kirche auf, ihre Kirchen als Schutzort für Flüchtlinge zu öffnen.

Wir unterstützen alle Forderungen der Flüchtlinge in Norderstedt

- *nach sofortigem Stopp der Zwangsumverteilung nach Mecklenburg-Vorpommern oder andere Gebiete oin der Ex-DDR*
- *für das sofortige und unbefristete Bleiberecht in Schleswig-Holstein*
- *nach der Aussetzung der Asylanhörungsverfahren, die ab dem 22.11.91 in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt werden sollen.*

Wir fordern die Schalom-Gemeinde auf, die Flüchtlinge weiterhin aufzunehmen und zu schützen und eine solidarische Arbeit zwischen Flüchtlingen und UnterstützerInnen zu ermöglichen.

Frei Wahl des Aufenthalts!
Asylrecht ist Menschenrecht!
Offene Grenzen!
Bleiberecht für Alle!"





Am gleichen Tag zur gleichen Zeit fand eine Aktion in der St.Katharinen-Kirche statt, wobei die folgende Erklärung "KIRCHE UND STAAAT - GEMEINSAM GEGEN FLÜCHTLINGE ?" verteilt wurde:

"Seit ca. 2 Wochen sucht die Gruppe von Flüchtlingen, die in der Greifswalder Unterkunft von rechtsradikalen Banden angegriffen wurde, Zuflucht in der Kirchengemeinde Schalom in Norderstedt, um sich der Zwangsverteilung in die Ex-DDR zu widersetzen.

Der Kirchenvorstand und Teile der Schalomgemeinde üben inzwischen massiven Druck auf die Flüchtlinge aus, sich dem Diktat der Landesregierung in Kiel zu beugen: das heißt, die Flüchtlinge sollen sich dem Zwangsverteilungsverfahren fügen und sich in verschiedene Unterkünfte in Mecklenburg-Vorpommern deportieren lassen. Mitglieder der Gemeinde argumentieren dabei mit den gleichen Drohungen wie die Landesregierungen, nämlich mit dem Hinweis auf Nachteile für die Asylverfahren der Betroffenen. Dabei werden die berechtigten Ängste der betroffenen Menschen schamlos ausgenutzt. Zudem wird versucht, die Flüchtlingsgruppe und die verschiedenen UnterstützerInnen zu spalten. Die von den Politikern betriebene Kriminalisierungsstrategie wird durch die Kirche fortgesetzt, indem sie den UnterstützerInnen die Zusammenarbeit verweigert, ihnen verbietet, die Einrichtungen der Kirche benutzen, und ihnen den Aufenthalt in der Kirche über eine Anzahl von 10 Personen hinaus untersagt.

Das Ziel dieses Vorgehens ist offensichtlich, die Flüchtlinge zum Aufgeben zu zwingen und den von der Kirche als Kompromiß bezeichneten Vorschlag der Regierung zu akzeptieren. Das heißt im Klartext: Die Flüchtlinge sollen genau das Vorgehen akzeptieren, das der Ausgangspunkt ihres Protestes und Widerstands und Anlaß für ihre Bitte um Schutz und Hilfe bei der Kirche war, nämlich die Zwangsverteilung nach Mecklenburg-Vorpommern.

Die nunmehr deutliche Absage der Kirche, die Forderungen der Flüchtlinge zu unterstützen, straft das kirchliche Verständnis, auf der Seite der Schwachen zu stehen und sich primär für die Menschenrechte einzusetzen, Lügen. Diese Bekenntnisse erweisen sich wieder einmal als hohle Phrasen. Übrig bleibt zum Schluß der Einsatz für ein "schnelles und gerechtes Asylverfahren" und damit nichts anderes als die Forderung nach einer schnellen Abschiebung der Flüchtlinge. Nicht zum ersten Mal stellt die evangelische Kirche unter Beweis, daß Staatstreue für sie Priorität genießt, daß der kaum zu überbietende Zynismus der Herren Engholm, Jansen und Diederich ihr allemal besser passt, als die Verteidigung der Menschenrechte in offener Opposition zu Staat und Regierung.

Das Einschwenken auf die Staatslinie seitens verschiedener Beteiligter in der Schalom-Gemeinde und der nordelbischen Kirche kommt einer Bankrotterklärung gleich, die an den Opportunismus der evangelischen Kirchen während des Nationalsozialismus erinnert, wo ebenfalls Staatstreue über menschlichkeit und Menschenrecht gestellt und staatlicher Rassismus von großen teilen der Kirche mitpropagiert und mitbetriebne wurden.

Wir fordern sowohl die Schalom-Gemeinde als auc die nordelbische Kirche auf, ihre Mittel und Möglichkeiten in dem Sinne zu nutzen, wie es die nordelbische Synode im Oktober 1991 gefordert hat: "Von Anbeginn gehört es zum Leben der Kirche, Fremde aufzunehmen, Flüchtlingen Schutz und Hilfe zu geben und Asyl zu gewähren." Sie fordert, "... gerade in Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus", dazu auf "... das Asylrecht aktiv zu verteidigen" und "... Plätze zur Unterbringung bereitzuhalten."

Das erfordert taten und praktischen Widerstand gegen die staatliche Politik !

FREIE WAHL DES WOHNORTES FÜR FLÜCHTLINGE !
BLEIBERECHT IST MENSCHENRECHT !
OFFENE GRENZEN FÜR ALLE !"

Am 21.11. fand ein Autokonvoi nach Kiel statt. Sozialminister Jansen und Ministerpräsident Engholm wurden aufgefordert, an einem Gespräch in Norderstedt am Montag, 25.11. um 14 Uhr, teilzunehmen.

Am 23.11. griffen VertreterInnen antirassistischer Zusammenhänge in die vierte Synode der Nordelbischen Kirche in Rendsburg ein. Trotz teilweise massiver Proteste verlasen sie eine Presseerklärung im Plenarsaal; in einer hitzigen Auseinandersetzung wurde auf Drängen interessierter SynodalInnen erreicht, daß in der Mittagspause diese Frage diskutiert werden konnte. Unmittelbar zuvor versuchte Bischof Kohlwage durch die Darstellung übelster rassistischer Medienhetze die SynodalInnen auf den Kurs der Landesregierung zu bringen: "*Zu keiner Zeit bestand eine Gefahr für die Flüchtlinge... Vier Asylbewerber waren in eine Schlägerei verfeindeter Hooligans verwickelt.*" Die Frage einzelner SynodalInnen, ob Bischof Kohlwage die Flüchtlinge somit als LügnerInnen bezeichnen wolle, wurde ignoriert. Es wurde ausführlich über die Situation der Flüchtlinge berichtet; eine Richtigstellung der Medienhetze verlangt. Außerdem wurde "aufgeklärt", daß die Flüchtlinge in Kleingruppen an Orte geschafft werden sollen, die schon im Vorfeld für eine organisierte Neonazi-Szene bekannt sind. Es wurde gefordert, daß

- die menschenwürdige Unterbringung und der erforderliche Schutz der Flüchtlinge, ihren Wünschen gemäß, gewährleistet wird;
- von den politisch Verantwortlichen die sofortige Aussetzung der Asyl-Verfahren bis zur Versorgung der Flüchtlinge verlangt werden soll;
- die "Nürnberger Deklaration" (100 VertreterInnen von christlichen Gruppen und Flüchtlingsinitiativen haben unterschrieben) umgesetzt wird, d.h. Schutz und Unterbringung von Flüchtlingen realisieren, Öffnung der Kirchen für Flüchtlinge.

Unter großem Beifall der gesamten Synode verlangte ein Sprecher später im Plenarsaal, die Situation der Flüchtlinge zum ständigen Thema der Beratungen der Nordelbischen Synode zu machen. Die Synode bekräftigte die "Nürnberger Deklaration" und verlangte seine effektive Umsetzung.

Zum Schluß dokumentieren wir die aktuelle Erklärung der Flüchtlinge vom 22.11.:



"Wir, die Flüchtlinge in der Schalom-Kirche, erklären zum wiederholten Male:
Wir haben von der Kirche erwartet, daß sie unsere Ängste verstehen würde, nach dem, was wir in Greifswald erlebt haben. Wir haben so oft wiederholt, daß die Ex-DDR keine Lösung für uns ist. Trotzdem haben sich die Verantwortlichen bis heute keine Mühe gegeben, eine vernünftige Lösung für uns in Schleswig-Holstein zu finden.
Es hat uns verletzt, daß die Kirche uns mit verschiedenen Taktiken überzeugen will, nach Mecklenburg-Vorpommern zu gehen.
Von Anfang an haben wir die Kirche um humanitäre Hilfe gebeten. Die Kirche hat für uns nicht die Aufgabe, als Vermittler von der regierung zu arbeiten. Sie hat keine politische Aufgabe, sondern sie soll ihre humanitäre Hilfe weitergeben. Wir haben von der Kirche nicht erwartet, daß sie den Vorschlag der Regierungen annehmen und die Überzeugungsarbeit für sie übernehmen würde.
Wir sind kein Spielball von niemandem und wir wollen kein Spielball von irgendwelchen Institutionen sein.
Eine "Lösung" in der Ex-DDR heißt für uns, z.B. Greifswald oder Hoyerswerda nochmal zu erleben und das kann uns überall in der Ex-DDR passieren. Für uns gibt es keine andere Erklärung, als daß sie wollen, daß wir es nochmal erleben. Auch das "zusätzliche Angebot", in kleine Gruppen aufgeteilt zu werden, bedeutet für uns, Zielscheibe von Rassisten zu sein. Die humanitäre Unterstützung wie hier werden wir dort nicht haben.
Wir sind vor Krieg und Gewalt aus unseren Ländern geflohen und haben Asyl in der Bundesrepublik Deutschland beantragt. Wir haben Gewalt auch in der Ex-DDR, in Greifswald, erlebt. Wir wollen nicht, daß sich dies wiederholt. Wir wollen nicht nochmal in die Ex-DDR. In Schleswig-Holstein gibt es hunderte von AsylbewerberInnen. Wir wollen in Schleswig-Holstein bleiben.
BLEIBERECHT FÜR ALLE!

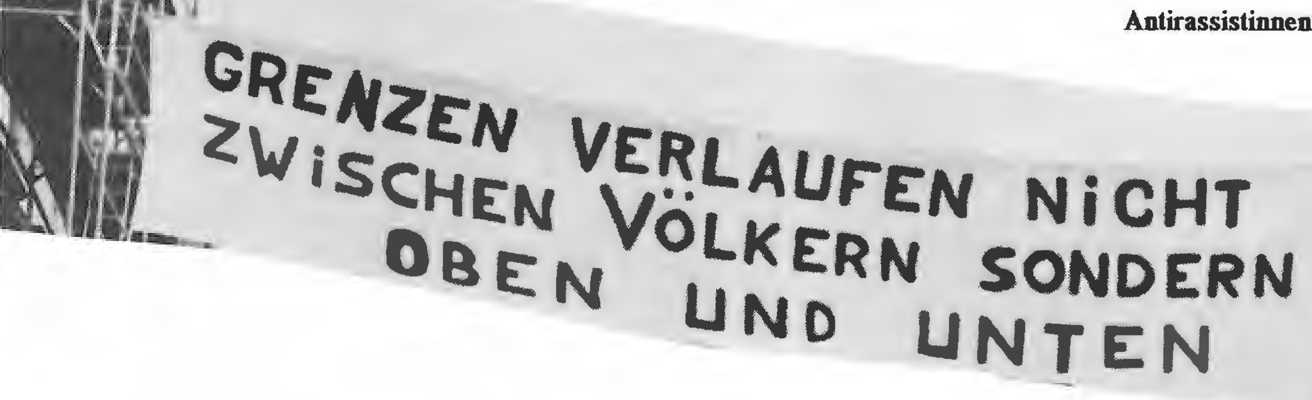
Die Flüchtlinge in der Schalom-Kirche"

Heute, am 25.11., ist Sozialminister Jansen trotz vorheriger Zusage nicht zu dem oben geforderten Gespräch erschienen, das Gespräch fiel insgesamt aus. Pastor Frenz ließ sich ein weiteres Mal über den Druck aus, unter dem die Flüchtlinge angeblich durch ihre UnterstützerInnen ständen.

Am 7.12. wird es sehr wahrscheinlich eine Demonstration aus Solidarität mit den Flüchtlingen in Norderstedt geben. Achtet auf die Aufrufplakate und -flugblätter.

Offene Grenzen auch in unseren Köpfen

Antirassistinnen aus Hamburg



Asyl - ein deutsches Trauerspiel



Zur Erinnerung
Die Medien sind über bestimmte Zeiträume mit "Starthemen", die das öffentliche Interesse schalten und walten, gefüllt. Natürlich besteht auch eine gewisse Dialektik zwischen beidem, klar ist aber, daß nachdem die Schlagzeilen abgenutzt sind, die Diskussion abflacht und schließlich ganz von der Bildfläche verschwindet.
Es ist viel gesagt worden über Flüchtlinge! Auch wenn sich Aussagen wiederholen, es kann gar nicht oft genug Thema sein.
Die Weltbevölkerung ist in Bewegung. Flucht ist die generelle Begleiterscheinung von Konfliktsituationen wie Krieg, Repression, Revolution, Hunger und Elend.



Daß zunehmlich Krisen und Konflikte im Trikont durch westliches Profitbestreben organisiert und versucht werden, ist hinlänglich bekannt. Trotzdem tut sich sich so mancher schwer, eine Verbindung zwischen Ausbeutung und Krisen und den hier ankommenden Flüchtlingen zu sehen.
Stattdessen landet die "Auseinandersetzung" mit Flüchtlingen auf einer höchst zweifelhaften Ebene. Statt sich ernsthaft mit Fluchtursachen und Hintergründen zu beschäftigen, werden die Opfer unhaltbarer Zustände ihrer Heimatländer zu Tätern gemacht, die angeblich die BRD überschwemmen.
Das heutige bundesdeutsche Asylgesetz, das starrsinnig nur politische Verfolgung, die auch oft genug nur schwierig nachgewiesen werden kann, als Asylgrund akzeptiert, greift viel zu kurz. Ethnische, religiöse, sexuelle oder wirtschaftliche Gründe verursachen die Mehrheit der Fluchtbewegung. Es hat wenig mit Scheingründen zu tun, wenn mensch faktisch vor dem Hungertod steht, der von den Metropolen und den herrschenden Oligarchien der Peripheriestaaten verursacht wird. Das sind keine Schicksalsschläge, sondern Folgen kapitalistischer Strategien.
...von Food power bis Essen für Zwangsarbeit.
Letztendlich geht es von CSU bis Grüne nur darum, die gestohlenen Pfründe nicht mit den Beklauten teilen zu müssen. Absolut keine relevante politische Gruppierung ist daran interessiert, die Fluchtursachen dadurch zu beenden, indem weltweite Ausbeutungsverhältnisse beendet werden. Denn für uns bedeuten sie die Garantie für relativen Wohlstand in allen Schichten ohne Profite zu schmälern.
Ursachenverschleiernde und verfremdende Wortschöpfungen entspringen den Medien und den Politikern, die damit fleißig das Stimmungssüppchen hochkochen. Was soll das denn heißen???
...Asylanten, Asylnotstand, Wirtschafts-/Scheinasylanten, Asylantenflut/-schwemme, Asylmißbrauch, Bootvoll, Hirnweg.
Worte, die die dahinterstehenden Menschen verachten und verdecken und zu einer wabrigen, unpersönlichen Masse geraten lassen. Es wird über Flüchtlinge geredet, als seien es keine Menschen, sondern ein Virus, der über das bundesdeutsche soziale Netz
herfällt, sich auf der faulen Haut liegend, an Sozialhilfe bereichert und den kostbaren Wohnraum in Containern, auf Schiffen und Zeltplätzen dem Deutschen abspenstig macht.

Tja, endlich gibt es wieder Sündenböcke und Feindbilder. In einer durch Vereinzelung, Mobilität und hohen Leistungsanforderungen gekennzeichneten Konkurrenzgesellschaft ist der, die Andere, unterschieden durch Sprache, Hautfarbe usw., Projektionsfläche für eigene Existenzängste. So kommt Rassismus u.a. durch mangelndes Verständnis für politische Zusammenhänge zustande.
Dem Staat ist diese Frustabfuhr nur recht, so wird dann auch Rassismus von oben rechtsstaatlich abgesichert.
Relationen und Fakten werden in der "Asyldebatte" kaum in Betracht gezogen. Somit hält eine völlige Umkehrung der Tatbestände Einzug in die Köpfe... die Deutschen scheinen in den Asylantenfluten zu ertrinken.
Das sich 90% der weltweiten Flüchtlingsbewegung innerhalb des Trikonts abspielt und die BRD sich im unteren Bereich der Aufnahmeleistung befindet, scheint niemanden zu irritieren.
Solange angeblich ausländerfreundliche Kanzler eines ausländerfreudlichen Landes, von einer dringend notwendigen Gesetztesverschärfung gegen den zunehmenden "Mißbrauch von Asyl" faselt, wird sich wohl auch nichts ändern. Es ist der

Segen von höchster Stelle für Ausländerhatz. Die Botschaft wird verstanden.
Über die Jahre wurde das deutsche Asylrecht, ehemals einzigartig in der Welt, stetig ausgehöhlt. Schließlich wurde es 1949, unter dem noch gegenwärtigen Eindruck und Schrecken der Naziherrschaft,konzipiert. Man konnte sich wohl noch eher an den Krieg, den Hunger, das Elend erinnern und vorstellen, daß Flucht oft die einzige Überlebenschance ist.
Aber über die Jahre wurde vergessen, was es heißt, einer verfolgten Minderheit anzugehören, aufgrund seines Aussehens, seiner Herkunft, seiner Konventionen von anderen beleidigt, verachtet und schließlich gewalttätig angegriffen zu werden, so als sei man kein Mensch, sondern ein Objekt, das für den Hass der anderen herhalten muß.
Interessant festzustellen ist, daß Anne Frank, Angehörige einer verfolgten Minderheit, bei der heutigen Asylgesetztesgebung, würde sie eine Antrag auf Asyl stellen, keine Chance auf Anerkennung ihres Asylbegehrens hätte.
Also war auch Anne Frank schon eine Scheinasylantin?!!!!!!

Die Linke und die AusländerInnen

Der/die AusländerIn ist in.
Da die bei uns lebenden AusländerInnen und Flüchtlinge in das Kreuzfeuer staatlicher Organe und neonazistischer Gruppen geraten sind und da die Linke momentan gegen die Herrschenden dieses Landes sowieso keine Kraft aufbringt, die mensch als soziale Bewegung oder massenhaften Widerstand charakterisieren könnte, kam die von oben verschriebene Asyldiskussion und ihre Auswirkung an der Bais der Rassisten auch für die Linke nicht unwillkommen.
Vorweg soll gesagt werden, daß es natürlich gut ist, sich in der einen oder anderen Art für unsere ausländischen MitbürgerInnen einzusetzen. Nur gibt es dabei viele Fallen, die das Engagement doch manchmal in einem schrägen Licht erscheinen lassen.
Natürlich gibt die Hatz auf AusländerInnen ein schönes Bild von Staat und Neonazis Hand in Hand und läßt Platz für einen progressiven Internationalismus.
Andererseits herrscht in der ganzen Welt eher eine Hochkonjunktur für Nationalismus, der auch an Deutschland nicht vorbei geht und den mensch sicherlich nicht damit aufhält, den Asylparagraphen unseres Grundgesetzes vor Aushöhlung zu schützen. Er ist für die heutigen Flüchtlingsbewegungen zu kurz und durch sein Beharren auf dervpolitischen Verfolgung weitaus schlechter als die Genfer Flüchtlingskonvention, die mehr Fluchtgründe anerkennt. Da es heutzutage eine leichte Verschiebung der Süd-Süd- Flüchtlingsbewegung in Süd-Nord-Richtung gibt, scheinen die UNO- Richtlinien für die Flüchtlinge weitaus günstiger.
Während in der BRD die denkbar schlechteste Lösung für die Flüchtlinge angestrebt wird, die ständige Unterbringung in Sammellagern, setzt die UNHCR (United Nations High Commission of Refugees) auf die Integration im Aufnahmeland bzw. eine Repatrierung der Flüchtlinge nach Beendigung von Konflikten zusammen mit ausreichenden Ressourcen zur Wiedereingliederung. Beides leistet die politische Asylgesetzgebung der BRD nicht; die Genfer Konvention wird meist mit dem Hinweis negiert, ein Verfolgter des Trikonts wäre schon in seinem Nachbarland sicher. Ein Lastenausgleich für die von der Anzahl von Flüchtlingen her am meisten belasteten Trikontländer wird nicht geleistet.
So ist der Kampf um das schlechte Asylgesetz nichts weiter als ein Rückzugsgefecht.
Denn genauso wie die Herrschenden wissen wir, daß die meisten der Flüchtlinge keine übermäßigen PolitaktivistInnen in ihren Ländern waren, sondern ihre Fluchtgründe aus ethnischen, religiösen, sexuellen und wirtschaftlichen Anlässen bestehen, die zwar Folge von politischen Entscheidungen der politischen und militärischen Klassen in ihren Ländern und der Metropolen sind, die aber aus den Flüchtlingen im Sinne des deutschen Asylgesetzes keine anzuerkennenden AsylbewerberInnen machen. Wer sich für das deutsche Asylgesetz einsetzt, müßte andersherum auch akzeptieren, daß tatsächlich 95% der AsylbewerberInnen abgeschoben werden, da sie zwar gute, aber eben keine politischen Gründe haben

Eine Einwanderungsquote wirkt auf den ersten Blick nicht schlecht, läßt aber der Willkür Tür und Tor offen, wieviele aus welchem Land, mit welcher Qualifikation, Sexualität und welchem Alter einwandern dürften; Kinder, Alte und Unqualifizierte hätten keine Chance.
Außerdem hätte dies eine Alibifunktion gegenüber der notwendigen Veränderung des Welthandels und der Ermöglichung einer Produktion in den Trikontländern, die an den Bedürfnissen der BewohnerInnen orientiert ist und nicht an den Importbedürfnissen und Absatzinteressen der Metropolen.
Es ist fade, sein Gewissen mit ein paar Flüchtlingen zu beruhigen, aber nicht nach den Zusammenhängen hinter dem billiger werdenden Kaffee und den Hungewrsnöten z.B. in Äthiopien zu fragen (Baumwolle kriegt mensch so schlecht 'runter!).
Selbst das Bleiberecht kann fatal sein, denn es beinhaltet den stark sozialdarwinistischen Aspekt, wer sich bis zu uns durchschlägt, darf auch bleiben. Die Flucht eines Pakistani über Afghanistan, die Türkei, Bulgarien, Jugoslawien, Italien und Frankreich in die BRD über vier Monate beinhaltet eine Fülle von Unwägbarkeiten und Lebensgefahren.
Immerhin ist es noch das Beste, was es anzubieten gibt, auch wenn der Großteil der Flüchtlingsbewegungen weiter in Süd-Süd-Richtung vonstattengeht.
Und was tut die Linke in einer ihr 'mal wieder von oben aufgezwungenen, staatlich geplanten Diskussion bzw. Konfrontation?
Wir wissen, daß "das Boot" nicht "voll" ist, daß die BRD superreich ist und es "nur" mit der Verteilung hapert, daß die AusländerInnen den Unzufriedenen der wiedervereinigung zum Fraß vorgeworfen werden, um von den wahren Schuldigen der mit der Zurichtung der Ex-DDR-Wirtschaft auf Weltniveau einhergehenden Krise abzulenken, von den Schuldigen und Profiteuren des Einschlafens des sozialen Wohnungsbaus etc.
Es ist wichtig, Präsenz zu zeigen vor Flüchtlingsheimen, sie aus besonders gefährlichen Regionen, wie z.B. Greifswald, 'rauszuholen (eine sehr gute und schnelle Aktion übrigens!), aber wir müssen selbst noch viel lernen im Umgang und in der Annäherung mit AusländerInnen.
Da sich unser Kontakt (bei allen Ausnahmen) auch nur auf fremde Küche, den türkischen Gemüsehändler und Einzelkontakte oder Demoorganisation beziehen bzw. sich auf längere Aufenthalte im Ausland zwecks Urlaub, Sprachreise, Studium (wobei wir es zumeist beglückend fanden, die Gastfreundschaft der Menschen und den billigen Urlaub zu genießen, mensch kann auch von Ausbeutung sprechen) beschränken, haben wir viel zu lernen.
Über die Kultur der Menschen, die zu uns kommen, wissen wir wenig, einiges, wie z.B. Beschneidung, Verhalten gegenüber Frauen etc. wirkt im wahrsten Sinne befremdlich.
Wenn diese menschen dann noch nicht einmal unsere politische Vorherrschaft und den Gedanken des Internationalismus begreifen, erlischt das Interesse schnell. Die AusländerInnen, die zu uns kommen, sind nun mal keine homogene Masse wie z.B. 25 verschiedene Nationalitäten in einem Flüchtlingsheim beweisen.

Auf sie, die nicht unbedingt politisch sind, läßt sich nicht das projezieren, was wir seit 30 Jahren nicht geschafft haben, nämlich ein Ausbruch aus dem politischen Ghetto, und sich dann beleidigt abwenden, wenn sie die Bevormundung nicht akzeptieren.
Sie sind genauso Individuen wie wir, mit unterschiedlichen Wünschen, kulturellen Hintergründen und Träumen und diese müssen nach ihrer Flucht nicht sehr politisch sein.
Warum sollten sie politischer sein als 90% unserer Bevölkerung, die trotz größerer Partizipations-, Bildungs- und Informationsmöglichkeiten dumpf in der Ecke hängt?
Eine Instrumentalisierung der Flüchtlinge auch durch Linke mit guten Argumenten ist weißes Herrschaftsdenken und Eurozentrismus, nicht mehr. Als ob die Menschen nicht wüßten, was sie wollten!
Hilfe anbieten, ja; Hilfe zur Selbsthilfe, ja; gemeinsame Aktionen, Feten etc., auch ja, aber keine Pauschalisierung der AusländerInnen, wie es auch die andere Seite betreibt und keine politische Bevormundung. Ein alter autonomer Gedanke ist schließlich das auf der eigenen Subjektivität basierende Handeln und nicht weitschweifige marxistische Vorträge.



Annäherung
Um den AusländerInnen näher zu kommen, ist ein Besuch in den Flüchtlingsheimen zu empfehlen.
Dabei sollten die SozialarbeiterInnen einbezogen werden und in guter deutscher Tradition auch die Heimleitung nicht übergangen werden. Sei es zum nächtlichen Schutz oder für gemeinsame Aktivitäten, es sollten jeweils paritätische Gruppen gebildet werden, die auch die Flüchtlinge mit einbeziehen und dadurch auch die Lethargie- und Schockwirkung des Flüchtlingsdaseins und der Medienbilder durch eigenes Handeln ersetzt. Feten sind sicherlich das integrativste Mittel, um auch unterschiedliche Nationalitäten im Heim zusammenzubringen.
Einzelkontakte ergeben sich auf den einzelnen Rundtouren um's Heim oder beim Aufwäremn in den Zimmern. Andere Möglichkeiten sind z.B. Einladungen von Deutschen an Flüchtlinge, um sie 'mal aus ihrem Ghetto zu befreien oder gemeinsame kulturelle Aktivitäten, die sich die Flüchtlinge von ihrer gekürzten Sozialhilfe nicht leisten können.
Gespräche ergeben sich immer.
Allerdings sollte auch aufgepaßt werden, daß mensch sich übernimmt und bei den Flüchtlingen Erwartungen weckt, die nicht erfüllt werden können, also keine Schaffung von neuen Abhängigkeiten.
Im Sinne von Gastfreundschaft ist es an uns, den ersten Schritt zu tun und nicht nur Phrasen zu dreschen.

Am 5. November fand im "Haus für Alle" auf Betreiben des Bezirksamtes Eimsbüttel und eingeladen durch die Sanierungsbeauftragte Sauer eine Veranstaltung statt, bei der um die Sammlung von InteressentInnen für die Nutzung einer ca. 400 m²-Etage im geplanten umgebauten Wasserturm ging. Wir, einige Menschen aus dem Viertel, sind auch zu diesem Treffen gegangen.



WASSERTURM

Diese Etage, die offensichtlich den Widerstand gegen die Umgestaltungspläne des Immobilienhaies Storr aus München (zu ihm später mehr) abmildern soll, wird angeboten zu "Sauerbier" zu günstigsten Mietbedingungen. Bisher haben sich zwei (!) Vereine/Initiativen gemeldet und Interesse gezeigt. Es ist dies zum einen "Blickwinkel e.V.", ein Verein, der Film-Video-Arbeit betreibt, und eine uns bisher völlig unbekannte "Kulturinitiative".
Die Wasserturminitiative hat nochmal ihren Standpunkt gegen die Umbaupläne kundgetan und für einen Erhalt des Turmes in seiner jetzigen Form als Industriedenkmal plädiert. Parteienvertreter, Saniewrungsbeauftragte und natürlich auch der anwesende Vertreter vom Betreiber Storr wollten davon natürlich nichts mehr hören. Das Volk, in Form des Bezirksparlaments, hätte ja demokratisch nach langer Diskussion den jetzigen Plänen zugestimmt, der Zug sei abgefahren und mensch müsse jetzt nach vorne schauen. Ähnlich argumentierte übrigens auch "Blickwinkel e.V."; sie seien zwar eigentlich gegen die vorliegenden Umbaupläne, vor allem gegen die von Storr geplante Bar bzw. das Nobelrestaurant, und befürchten auch auch einen weiteren Schritt zur Umstrukturierung und damit Vertreibung der alteingesessenen Menschen im Viertel. Andererseits glauben sie nicht mehr, daß die Pläne noch verhindert werden können und schließlich brauchen sie dringend Räume! Au Backe, , diese Argumentationsweise erinnert uns kräftig an z.B. das Argument mit den Arbeitsplätzen und deshalb dürfe die oder die umweltschädliche Firma nicht geschlossen werden. Mensch Leute, entweder habt ihr mit eurer Arbeit noch einen politischen Anspruch, dann könnt ihr doch wohl nicht in so ein Schweineprojekt mit einsteigen, zumindest könntet ihr euch solidarisch mit den Initiativen im Viertel zeigen, die gegen Umstrukturierung kämpfen. Räume für ihre Arbeit suchen übrigens viele Gruppen im Viertel, vielleicht kann mensch sich da 'mal zusammentun, es gibt ja noch reichlich Leerstand im Viertel, hier sei nur Laue erwähnt.
Inzwischen gibt es einige Neuigkeiten über den Münchener Investor Storr, verbreitet durch einen Beitrag des ZDF im "Kennzeichen D":
Es ging dort um "Beutejäger" (O-Ton), die in Mecklenburg Grundstückskäufe tätigen, und siehe da, Herr Storr ist natürlich auch dabei!
Es ging konkret um das Specker Schloß am Ostufer der Müritz. Ein reicher Verleger aus Leipzig setzte sich hier einmal ein Denkmal. Die Jagdleidenschaft teilte er mit seinen befreundeten Nazi- Bonzen, die Görings und Himmlers, seine Gäste in Speck. Das Ende kam 1945. Besitzer Herrmann hat sich '45 in die Schweiz abgesetzt und wurde in Abwesenheit als Kriegsverbrecher enteignet. Das Schloß diente erst als Flüchtlingsheim, dann zog die kasernierte Volkspolizei ein und schließlich erkannte die NVA den unschätzbaren Wert des Nazi-Erbes. Die neuen Hausherren: DDR- Verteidigungsminister Hoffmann und hohe Generäle.
Im Dezember '90 war dann Schluß damit, zurück blieb ein leeres Schloß und 27 entlassene Angestellte. Die Specker hoffen auf einen Neuanfang, der gesamte Privatpark ist zum Nationalpark erklärt worden, 308 km² ungestörter Lebensraum, ein für Mitteleuropa einmaliges Rückzugsgebiet; dazu gab es auch Konzepte. Doch daraus wird vorerst nichts. Denn das Schloß wurde vermietet, obwohl dem damaligen Hausherren Reiner Eppelmann, Ex- Verteidigungsminister, das dringende Interesse der Naturschützer bekannt war.
Der Mietvertrag mit einer Münchener Immobilienfirma (richtig geraten: Storr) enthält Traumkonditionen: 24 Pfennig pro m² bebauter Fläche, ganze 4 Pfennig pro unbebauten m²; Gesamtfläche: 80 Hektar; Laufzeit: 60 Jahre. Außerdem noch ein Freibrief, daß dieser Vertrag ganz oder teilweise auf eine(n) Dritte(n) übertragen werden kann. Datiert ist das Ganze mit 3. August 1990.
Das Specker Schloß ist kein Einzelfall. Insgesamt 20 Erholungsheime, die Perlen im NVA-Ausverkauf, wechselten an die Münchener Firma. Ein Millionengeschäft mit Häusern von Graal- Müritz an der Ostsee bis nach Oberhof im Thüringer Wald. Das Riesengeschäft zwischen Straußberg und München wurde ohne die nötige Zustimmung des Finanzministeriums abgewickelt. In München- Haidhausen sitzt der Mann, der die Verträge, unterschrieben von Generalmajor Tzschoppe, in den Händen hält: es ist der Besitzer des Architektenbüros Storr, ein Diplomingenieur, der zugleich auch Geschäftsführer der vor vier Jahren gegründeten MOBA Handelsgesellschaft ist. Die Münchener Firma besteht auf ihren 20 Verträgen. Seit Anfang des Jahres plant sie Hotels und Konferenzeinrichtungen.
Allein das Specker Schloß hat einen Schätzwert von DM 10 Mio. (Storr scheint alles zu nehmen, was er mehr oder weniger umsonst kriegt, s. Wasserturm). Das Schnäppchen (Schloß) kostet laut Vertrag ganze DM 888,- Miete/Monat, für die 800.000 m² Fläche liegt der Mietpreis bei DM 32.000,-/Monat. Inzwischen kämpfen die Specker um ihr Schloß, der Ausgang des (Rechts)Streites ist ungewiß.
Zur Einschätzung, mit welchem Investor wir es beim Wasserturm zu tun haben, fanden wir die Informationen doch recht aufschlußreich und vielleicht auch für zukünftige Mietinteressierte abschreckend.

FreundInnen des Sternschanzenparks

Die Brutalsanierer

Die Familie Hu betreibt seit 20 Jahren das China-Restaurant Goldener Stern am Neuen Pferdemarkt. Seit ein gewisser Herr Meyer vor zwei Jahren das Eigentum am Gebäude sowie angrenzenden Wohnhäusern erwarb, gibt es Stunk. Die Aussage eines gewissen Herrn Blohm, Rechtsanwalt des Herrn Meyer, wonach nicht jeder Vermieter böse sei, ist grundsätzlich (auch nach einem kleinen Feuerchen im Treppenhaus eines der Meyerhäuser sowie einer eingeschlagenen Fensterscheibe bei den Hus) genauso richtig wie die Feststellung, daß nicht jeder Rechtsanwalt, der in der linken Szene hervortritt, sich hierin suhlend mit der Aura des Alternativen umgibt, weil in den örtlichen Tennis- und Golfclubs nichts mehr abzugrasen ist.





Unmittelbar nach der Eigentumsübernahme und dem damit verbundenen Eintritt in die bestehenden Mietverträge durch Gerhard Meyer, Ende 1989, begann ein heute kaum noch durchschaubarer Prozeßmarathon. Hauptstreitpunkte bilden zum einen Schadensersatzforderungen Meyers in Höhe von 60.000 DM wegen angeblich von der Restaurantküche ausgehender Feuchtigkeitsschäden (Hausschwamm) im Keller.
Wichtigster Gegenstand der gerichtlichen Auseinandersetzung aber ist ein Mieterhöhungsverlangen Meyers von derzeit ca. 3700 DM auf 7000 DM netto.
Hierbei erlangte Meyer auf unerklärliche Weise eine Verhandlungsposition, mit der er den Hus seine Bedingungen diktieren kann. Dies konnte durch eine grundstücksrechtliche Besonderheit geschehen: Der Pavillion, in dem sich die Gasträume befinden, steht auf einem der Stadt gehörenden und als Verkehrsfläche ausgewiesenen Grundstück, während die weiteren Räumlichkeiten des Restaurants sich in einem Haus befinden, das im Sanierungsgebiet liegt. Zwar läuft der Mietvertrag zwischen Meyer und der Familie Hu bis zum Jahre 1997, jedoch ist im Vertrag die Klausel aufgenommen, daß das Mietverhältnis im Falle einens Abrisses des Pavillions endet.
Ein solcher Abriss des Pavillions droht den Hus nun, da die Nutzungsgenehmigung für das Grundstück vom Liegenschaftsamt des Bezirksamtes Mitte zunächst zum 30.9.1991 gekündigt wurde.

Auf betreiben Meyers wurde eine bis zum 30.4.1992 befristete verlängerte Nutzungsgenehmigung durch den Bezirksamtsleiter Reichel persönlich erteilt.
In seinem Schreiben vom 23.9.1991 an den Rechtsanwalt der Hus äußert Reichel zunächst Verständnis für die Lage der Restaurantbetreiber und signalisiert die Bereitschaft zur weiteren Verlängerung der Nutzungsgenehmigung, bis an anderer Stelle eine neue Existenzgrundlage geschaffen worden sei.
Wörtlich heißt es dann: "Eine Änderung dieser Vereinbarung (Räumung des Grundstücks zum 1.4. 1992 d.R.) mit dem Ziel einer mehrjährigen Vertragsverlängerung ist nur im Einvernehmen mit Herrn Meyer möglich. .... Bei dieser Sachlage erscheint es mir unumgänglich, daß zunächst zwischen Ihrem Mandanten und Herrn Meyer Einvernehmen erzielt wird, bevor das Amt mit Herrn Meyer erneut verhandelt."
Hier wird einem Vermieter ohne sachliche Gründe faktisch Entscheidungskompetenz über stadtplanerische Fragen eingeräumt. Gleichzeitig kann Meyer die Hus mit der Durchsetzung seiner Maximalforderungen über den Tisch ziehen (Alternative wäre Abriss des Pavillions). Rechtsanwalt Blohm nennt das vernünftige Vorschläge. Mit seinem letzten Schreiben bietet Blohm den Hus eine Vertragsverlängerung um 10 Jahre an, wenn diese auf Meyers Bedingungen eingehen.

Handelt es sich bei den Streitigkeiten um das Restaurant lediglich um ganz normale Verhaltensweisen eines Vermieters, der die Inkompetenz (oder doch nicht etwa die menschlichen Schwächen von Beamten) ausnutzt, so tritt bei dem Streit um das dahinterliegende Haus am Neuen Pferdemarkt 16 offen die Fratze des Brutalsanierers zu Tage.
Am 18.10. 1991 wurde nachts ein Feuer im Treppenhaus gelegt, wobei die Täter so sorgfältig vorgingen, das Telefonkabel zu kappen. Nur durch viel Glück ist dort niemand zu Schaden gekommen. Meyer erklärte den Bewohnern des Hauses, dieses sei nun unbewohnbar und legte ihnen nahe, sich eine andere Wohnung zu suchen. Außerdem behauptete Meyer, die Kripo habe ihm wegen der laufenden Ermittlungen für die nächsten 3 Monate untersagt, mit den Reperaturarbeiten an dem beschädigten Treppenhaus zu beginnen.
Beide Behauptungen sind schlichtweg gelogen. Gegenüber Journalisten behauptete Meyer gar, das Haus Pferdemarkt 16 sei gar nicht mehr bewohnt.
Meyer, der vorgibt sein Geld "ehrlich mit den eigenen Händen verdient" zu haben, beruft sich bei dem Versuch, seinen Ruf zu retten, gern auf Günter Zint ("fragen Sie Herrn Zint, der kann das bestätigen")- kann er nicht.
Im übrigen ist es wohl ziemlich egal, wie jemand sein Startkapital für irgendwelche Schweinegeschäfte erworben hat.
Natürlich läßt sich nicht beweisen, daß Meyer Urheber des Brandanschlages sowie der eingeschmissenen Fensterscheiben ist. Fest steht jedoch, daß Meyer ein offensichtliches Interesse am sofortigen Auszug der Mieter aus dem Haus Pferdemarkt 16 hat. Hierbei versuchte er das Feuer unter Behauptung falscher Tatsachen für sich auszunutzen.
Sicher- nicht jeder Vermieter ist böse, aber diese Sache stinkt so sehr, daß selbst viele ganz normale Rechtsanwälte über eine Niederlegung des Mandates für Meyer nachdenken würden.
Nicht so Rainer Blohm. Mag sein, daß er niemals von sich behauptet hat, ein linker Anwalt zu sein. Andererseits hat er aber auch nie behauptet, kein linker Anwalt zu sein. Für genau den aber wird er von der breiten Öffentlichkeit, die er durch sein Mandat im Hafen reichlich genießen kann, gehalten.
Angesichts der strengen Maßstäbe, die teilweise in der linken Szene bei der Frage angelegt werden, ob jemand noch glaubwürdig ist, ist es auch wohl an der Zeit, es auszusprechen: Rainer Blohm ist kein linker Anwalt! Ob er ein fachkundiger Anwalt ist, darüber mögen sich andere streiten.



Viva St. Pauli?

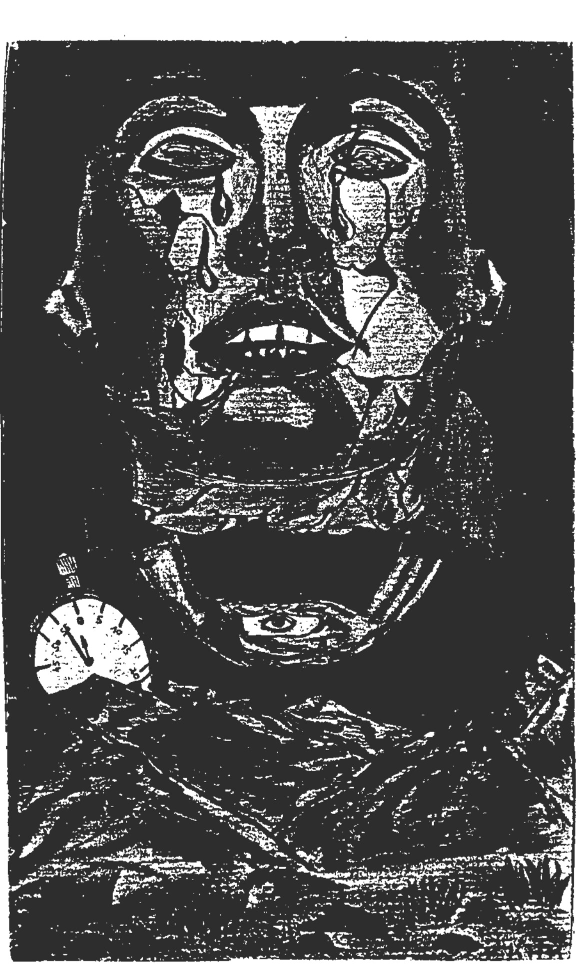
Informationen zur Mietpreisentwicklung auf St. Pauli und zu dem neuen Immobilien-"Kronprinz" Claus Becker

Seit ca. 5 Jahren kauft Becker jede verfügbare Immobilie auf St.Pauli. Er hat sehr früh erkannt, daß das stadtnahe Wohnen, wegen der immer dramatischer werdenden Verkehrssituation, bei den gut verdienenden City-"Arbeitern" im Kommen ist. Der Wohnraumbedarf ist auch wegen der Grenzöffnung und den Flüchtlingszahlen stark gestiegen. So kann Becker auch bei Bankenfinanzierung noch mit einem Plus rechnen, da laut CAPITAL (Ausgabe 2/89) die Immobilienzuwachsrate auf St.Pauli bei fast 20% liegt (Finanzierungskosten ca. 11%). Hinzu kommt, daß Becker mit rabiaten Methoden Altmieter aus den Räumen drängt, um neue, lukrativere Verträge abschließen zu können (Beispiele: HARRYS HAMBURGER HAFENBASAR, BASAR DER 1000 SACHEN, SCHIFFSMODELLBAU ZIPPEL u.a.).
Am Hans-Albers-Platz plant Becker zusammen mit Sterzinger (Meyer Lansky, Havanna-Bar) eine ganze Reihe von Yuppie-Läden aufzuziehen. Die Wohnungsmieten haben an dem Platz bereits Rekordhöhen erreicht. Zimmerpreise von 1.200,- DM werden im ehemaligen Bordell Max & Moritz verlangt und bezahlt. Ein großer Vergnügungsbetrieb hat Personalwohnungen in dem Komplex angemietet und zahlt 70,- DM pro Quadratmeter für Räume fast ohne Tageslicht, mit ständigem Baulärm vor der Tür und ohne jeden Komfort. Seit mehreren Wochen sind die Bewohner immer wider ohne Strom und Wasser. Das einzige, was funktioniert, ist ein dröhnender Kompressor im Innenhof.
Eine Mieterin aus der Friedrichstraße rief bei Beckers Firma "Stadthaus" (Schwanenwyk) an, um sich über Regenwasser in der Wohnung zu beschweren. Eine Mitarbeiterin empfahl das Unterstellen von Töpfen. Die Firma "Stadthaus-Restaurierungs GmbH" bietet in einem Prospekt für andere Hausbesitzer Dienstleistungen an. So heißt es auf Seite 12 dieses Hochglanz- Farbprospektes: "Stadthaus organisiert ein umfassendes Dienstleistungspaket (Objektsuche - Restaurierungsplan - Restaurierungsdurchführung - Durchsetzen höherer Mieten - Umsetzung der Steuervorteile ...). Ein Konzept mit Ästhetik und Steuern, die man sparen kann. Immobilien können sich nur dann positiv entwickeln, wenn man sich ständig um diese Entwicklung kümmert." Zitat Ende!
Herr Becker kümmert sich so eifrig, daß einige seiner Mieter schon viermal soviel Miete zahlen wie vor wenigen Jahren. Bei Gewerbeverträgen ist dies sogar legal. Daß diese Mieten wieder auf den Endverbraucher (Kunde, Gast) umgelegt werden müssen, liegt in der Natur des Kapitalismus. Die Zeche zahlt wiedermal das schwächste Glied der Kette.
Ein Gewerbemieter, der bei diesem Spiel nicht mitmachen wollte, bekam die Drohung: "Wenn du den Laden nicht bis zum nächsten Ersten räumst, werden 'wir' dafür sorgen, daß du kein Geschäft auf dem Kiez mehr machen kannst." Er räumte den Laden, da er sich als Ausländer sowieso rechtlos fühlt.
Die Mietpreisentwicklung vertreibt viele Firmen mit normalen Kalkulationsspannen. So hat erst kürzlich der "Wienerwald" (Ecke Davidstraße/Reeperbahn) das Handtuch geschmissen, um für "Burger King" Platz zu machen. Dieser Bulettenmulti mit seinen Pappbrötchen hat genügend Gewinnspanne, um die horrende Miete zu berappen (der Warenwert eines Hamburgers mit Beilagen liegt bei 18 Pfennig + 24 Pfennig Verpackung und Werbung, Endverkauf 3,80 DM, zitiert aus einer internen Manager-Schulung eines Hackfleisch-Fabrikanten).
Zur Zeit geht das Gerücht, daß McDonalds die Spielhalle in der ehemaligen "Roten Katze" (Ecke David-/Friedrichstraße) übernehmen will.

Gruppe Claus Stördenbecker, St. Pauli

(K)ein Platz für Junkies

Für drei schlappe Nächte wurden die Überlebensbedingungen für Obdachlose und obdachlose Drogenabhängige in St.Georg ein wenig verbessert.
Ein Zelt, plaziert in dem Dreieck zwischen ZOB, Museum und Gewerkschaftshaus, bot 25 Wohnungslosen ein Bett, warme Getränke und Essen und - wenn nötig - eine Beratung. Schon am Nachmittag waren die 25 Betten für den kommenden Abend belegt. Ein Tropfen auf dem heißen Stein.
Für die Junkies gab es ein Drucko-Mobil, d.h. ärztliche Beratung und Versorgung und - trotz strafrechtlicher Unzulässigkeit - den sauberen Druck unter ärztlicher Aufsicht. Das staatliche Verfolgungsgebot wurde nicht wahrgenommen , dies führte zu grotesken Szenen: Staatsanwälte (auf rein informativer Rundtour natürlich) wußten nicht mehr, wo sie hinsehen sollten, als sich die Vorhänge des Drucko-Mobils lüfteten und den Blick auf fixende Junkies freigab.
Bei insgesamt nur 28 bestehenden Schlafplätzen für Obdachlose Junkies in St.Georg und in Wandsbek waren die 25 Schlafplätze im Zelt natürlich eine willkommene Alternative zum Übernachten im Freien oder in Hausfluren.
Obwohl die heutige Drogenpolitik als vollständig gescheitert gilt - im Kreislauf von Illegalität, Beschaffungskriminalität, Prostitution, Knast und Zwangsentzug/-therapie bleiben immer mehr Junkies auf der Strecke - wurden andere Ansätze nie ernsthaft verfolgt. Akzeptanz von Drogengebrauch und die Schaffung von Lebensbedingungen, die diesen Kreislauf durchbrechen, sind nicht absehbar. Mit einem Ansatz, der die kontrollierte Abgabe von Heroin über Ärzte, die Schaffung von Druckräumen, die Ausweitung niedrigschwelliger Einrichtungen, wie Übernachtungsstätten, und die qualitätsmäßige Stabilisierung der Droge vorsieht, könnte die Anzahl von Drogentoten wie sie heute üblich ist, bald der Verganhenheit angehören.
160 vermeidbaren Drogentoten (Schätzung für 1991) lassen kaum Platz mehr für bürokratische Spielereien zwischen Bundesgesetzen, Ärztekammern, Krankenkassen und Landesregierungen.
Jede/r Tote ist zuviel!



Hinter der steinernen Maske alle Tränen dieser Welt (Zeichnung eines Junkies)

Staatsschutzlüge ohne Ende

Vor knapp vier Monaten wurden Ralf und Knud nach vorhergehender Observation von Bullen des LKA-Hamburg in Pinneberg festgenommen; diese Festnahme muß auch im Zusammenhang mit der damaligen Räumung des Flora-Parks und der "Wiederherstellung" von staatlicher Ruhe im Schanzenviertel gesehen werden (Innensenator Hackmann: "Es geht darum, ob Regierung und Parlament im Schanzenviertel das Sagen haben oder selbsternannte Kräfte.").
Zunächst wurde der Vorwurf "gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" als Vorwand benutzt, Ralf und Knud in U-Haft zu halten; beim Haftprüfungstermin Ende September wurde dies erweitert um "versuchten Mord"! Seit Ende Oktober liegt die Anklageschrift vor, es wird vermutet, daß der Prozeß evtl. schon im Dezember/Januar über die Bühne gehen soll.
Die Haftbedingungen haben sich insofern geändert, als daß beide seit Ende Oktober Umschluß zusammen haben, zuvor hatten sie nur Umschluß mit anderen Gefangenen. Besuchsanträge müssen von Ralf und Knud selbst gestellt werden, dies ist für U-Häftlinge eigentlich nicht üblich.
Aktuelle Informationen gibt's jeden Freitag von 16.00 bis 18.30 Uhr in der Flora; dort gibt's auch einen Video-Film zu kaufen (Park-Räumung, DAS-Beitrag über die Festnahme, Konstruktiver Umzug am 5.10., Knastkundgebungen in Itzehoe [insg. 15 Min.]) zum Soli-Preis von DM 20,-.
Den folgenden Brief hat hat Knud Ende Oktober für eine Veranstaltung geschrieben.

"Hallo erstmal an die BesucherInnen der Veranstaltung. Ich könnt' mir vorstellen, daß einige von Euch denken, das kann doch nicht wahr sein. Mir selber ging und geht das oft durch den Kopf, daß ich nicht fassen kann, was uns angehängt wird. Als Ralf bei der ersten Haftprüfung gesagt hatte, er wüßte nicht, warum jemand einen Zug zum Entgleisen bringen wollte, dachte ich zuerst, warum sagt er das noch? Ist doch klar wie nix anderes, daß wir sowas nicht machen würden. Aber sie wollen uns mit diesem absurden Vorwurf wirklich hier im Knast behalten. In der Anklageschrift liest sich das dann so: 'Auch wenn die durchgeführten Ermittlungen keine Anhaltspunkte für ein etwaiges Motiv der Tat gebracht haben, kann sicher angenommen werden, daß es den Angeschuldigten gerade darauf ankam, durch die Errichtung von Hindernissen auf den Bahnschienen schwere und schwerste Folgen hervorzurufen.' Vielleicht hätten sie auch schreiben können: 'Die Angeklagten können zwar kein Chinesisch, aber es kann sicher angenommen werden, daß sie es sprechen.'
Aber so versucht die Staatsanwaltschaft halt Fakten zu schaffen, die mit der Realität nicht zu tun haben. Nun zu überlegen, warum wir nicht einen Zug verunglücken lassen wollen, kommt mir vor wie zu überlegen, warum ist ein Ball rund, warum dreht sich die Erde? Dieser ganze Vorwurf kommt mir so lächerlich vor, daß ich denke, das meinen sie doch nicht ernst.
Leider tun sie's.
Die Realität ist eben, daß am 29.7. uns zwei Zivis in Pinneberg vewrhaften mit der Begründung, wir hätten gerade einen Anschlag auf die Bahn gemacht. Wir gucken sie reichlich verwundert an, aber dann wird klar, was sie vorhaben. Es sind Zivis vom LKA Hamburg, die uns seit der Flora observiert haben, weil sie uns vom Ansehen her kennen würden, als Floraktivisten. Und das sie jetzt behaupten, sie hätten uns bei dem Anschlag gesehen. Da das nun aber nicht mehr Realität ist, sie das aber recht überzeugt behaupten, wird deutlich, daß sie lügen. Warum? Ehrlich gesagt würde ich es auch gern wissen, was sie sich dabei gedacht haben. Was der Realität wohl am ehesten entspricht, ist, daß die Zivis - insgesamt vier - einfach der radikalen Linken eine feiste Einschüchterung 'raufhauen wollten, vermutlich abgesichert von etwas höher gestellten Leuten. Mit der Lüge klar zu machen, daß jede eingeknastet werden kann, die sich wehrt. Doch damit nicht genug - die Justiz bemüht sich, die Lüge zum Konstrukt zu machen: Ermittlungen gibt es kaum und wenn, nur in die Richtung, ob es noch 'was anderes zum Anhängen gibt. Die Krönung gibt es bei der Haftprüfung im September: die Staatsanwaltschaft erhöht auf 'Mordversuch', daß wir vorhatten, eine unbestimmte Zahl von Menschen umzubringen. So zementieren sie unsere Verhaftung und machen uns zu blutrünstigen Monstern. So geht es auch zur Anklage. Das ist nun die nächste Entscheidung, ob die so zugelassen wird.
Einen politischen Hintergrund leugnet die Staatsanwaltschaft. Aber der ist ja offensichtlich: Zivis observieren uns, über die Landesgrenze Hamburgs hinaus. Eine Begründung bleiben sie zwar schuldig, nur, daß sie uns von Floraaktionen her kennen würden. Heißt das, jede kann observiert werden, die 'mal in der Flora war?
Klar ist auch, daß wir eine Identität als radikale Linke haben, die Ermittlungen werden auch von dem Staatsschutz hier in Itzehoe geführt. Direkte Absprachen zwischen Zivis und der Justiz kann ich mir immer schlecht vorstellen - wobei ich aber nicht wirklich verwundert wäre. Aber ich denk' das so, daß die Ermittlungen so waren, das sind zwei Linke, da packen wir soviel wie irgend geht drauf und 'raus kommen die eh nicht.
Also keine direkten Absprachen zwischen LKA und Staatsanwaltschaft, aber die gleichen Absichten: uns möglichst hoch zu verknacken, dadurch Einschüchterung und Angst zu verbreiten.
Deswegen ist es auch so wichtig, daß sie damit nicht durchkommen: weil so eine dreiste Lüge nicht als ihr übliches Mittel zur Gewohnheit werden darf. Lüge ist ja schon ein beliebtes Mittel von ihnen: Holger sei Mitglied, die Stadtpläne im Hafen, der ganze Quatsch mit der Zellensteuerung.
Bei uns find' ich das schon noch eine Steigerung: 'was völlig frei Ausgedachtes, was sie wohl selber waren, anzujängen und so die Knäste zu füllen.
Als gesamte Tendenz geht das natürlich über Hamburg hinaus und es scheint mir, daß die Mittel dreister werden. Weil sie sonst nix haben, aber 'Erfolge' brauchen. In Hamburg fehlt ihnen der bestimmt: trotz aller Angriffe gibt es den Hafen immer noch, die Flora schon zwei Jahre besetzt. Und einfach viele Menschen, die sich ihren Umstrukturierungsplänen widersetzen, ebenso ihren Vorstellungen vom durchgestylten 'Hoch im Norden'. Mit der Zerstörung des Floraparks hatten sie einen Erfolg, dem das LKA mit unserer Verhaftung noch einen draufsetzen will. Aber - wie bei der Parkräumung - ohne massive Pressehetze. Die, welchen die Botschaft zugedacht ist, verstehen schon. Deswegen find' ich es gut, daß, wo es geht, Öffentlichkeit über die Lüge, die Hintergründe und Zusammenhänge hergestellt wird.
Die Methoden und Mittel der Repressionsorgane ans Licht ziehen: z.B. das neue Polizeigesetz, die Geheimtruppe FD 942, die E- Schichten.
Und Im Moment bin ich zuversichtlich, daß zumindest die Lüge gegen uns entlarvt werden kann. Und die Herrschenden sich irgendwann eingestehen müssen, daß sie uns nicht zerstören können.
In diesem Sinne ganz liebe Grüße an die, die zugehört haben und alle anderen."

Neue Adresse:
Ralf Gauger / Knud Andresen
c/o Landgericht Itzehoe
5. Strafkammer
Breitenburger Straße 68
2210 Itzehoe

Spendenkonto für Verteidigungskosten:
RA Beuth
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr.: 1250/124029
BLZ: 200 505 50
Anderkonto "Knud und Ralf"

Der Generalbundesanwalt im Schwarzmarkt

Razzia im Schwarzmarkt

Am Donnerstag, dem 14.11., wurde mal wieder der Buch- und Infoladen Schwarzmarkt von der gesammelten Staatsmacht heimgesucht.
Nur wenige Wochen nach der Durchsuchung wegen der "Menschenjäger"-Plakate, auf denen Zivilbullen hauptsächlich der Bullenwache Lerchenstraße abgebildet sind, war das vorrangige Ziel der 4 1/2 stündigen Durchsuchung diesmal die neueste Ausgabe der, eigentlich wie immer, kriminalisierten "radikal" Nr. 144, Teil 1 und 2, sowie für die "radikal" werbende Aufkleber, T- Shirts und Aufnäher.
Die Durchsuchung des Schwarzmarkts war diesmal von ganz oben, sprich vom Generalbundesanwalt, beantragt, so daß neben den Hamburger Bullen und LKA'lern auch BKA'ler zur Durchsuchung anrückten. Ermittelt wurde mal wieder nach dem Alles-oder-Nichts- Paragraphen 129a, dem Werben für eine terroristische Vereinigung mittels Vertrieb der "radikal" durch den Schwarzmarkt.
Akribisch wurde jeder Raum durchsucht und alles anrüchige nach Anzahl mit genauem Fundort (Regal, Tasche) und dem Sicherungsbeamten aufgeführt. Von den Schreibmaschinen des Schwarzmarkts wurden Proben gemacht und die Buchführung umgekrempelt.
Ergebnis waren ca. 35 "radikal" unterschiedlicher Ausgaben, 29 Exemplare des Buches "Die Rote Zora" sowie die Nr. 75 des "Angehörigen-Info", das ebenfalls kriminalisiert ist.
Auffällig sind, unabhängig davon, ob ein Verfahren durchgezogen wird:



Aktueller Nachtrag: Mittlerweile wurden auch die Infoläden in Neumünster, Rendsburg und Kiel von Zivilbullen "besucht" (am 19. bzw. am 21. November); es liegt drin, daß diese Besuche ebenfalls vorbereitende Maßnahmen für Razzien sind wie es z.B. beim Schwarzmarkt gelaufen ist.

Wohin des Weges?!

1. Die Aktion gegen den Schwarzmarkt läuft unter dem gleichen Aktenzeichen wie die Durchsuchungen von zwei Infoläden in Berlin und Karlsruhe, ist also eine konzertierte Aktion.
2. Betroffen sind bisher nur Infoläden, keine reinen linken Buchläden, also eine versuchte Verunsicherung der Infoläden als wichtige Kommunikationsstruktur der autonomen Linken.
3. Die konzertierte Aktion gegen die "radikal" Nr. 144 ist die erste größere Aktion gegen die "radikal" seit dem Einbruch in die Vertriebsstruktur der Nr. 132 (Sommer 1986) und gleicht der Neuaufnahme des Kampfes gegen die "radikal".
4. Irgendwie müßten wir wohl mal öfter die "Welt" (Springer) lesen, denn es scheint, sei es beim Hafen oder jetzt bei der "radikal", besonders enge Drähte zwischen der politischen und juristischen Ebene bzw. diesem Medium zu geben. Entweder die "Welt" weiß schon vorher, was passiert und bereitet die Schläge des Staates propagandistisch vor (was wahrscheinlich ist) oder sie puscht Sachen, die dann von Staats wegen aufgenommen werden (nicht sehr wahrscheinlich). Also "Welt" lesen, der nächste Schlag kommt bestimmt. Ansonsten müßten wohl mal wieder die Vertriebsstrukturen der "radikal" überdacht werden, denn es ist einfach nicht schön, über längere Zeit auf dem Material in staatsbekannten Betrieben zu sitzen und zu warten, ob erst die Zeitung ausverkauft ist oder erst ein Zivilfahnder ein Exemplar ersteht. Der Vertrieb muß schneller gehen, ohne immer die Gleichen zu gefährden.





Die Wahrheit über die ANTIFA-Schanzenviertel

Wir sind eine politische Gruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, eine antifaschistische Stimmung im Stadtteil zu verbreitern.

- Wir treffen uns einmal wöchentlich.
- Es besteht Kontakt zu anderen antifaschistischen Gruppen in und um Hamburg.
- An jedem 1. Dienstag im Monat um 21.00 Uhr in der Roten Flora haben wir einen offenen Abend für Leute, die Interesse an unserer Arbeit haben.
- In unregelmäßigen Abständen haben wir in der Flora Antifa-Café's zu verschiedenen Themen und Teilbereichskämpfen veranstaltet, um deren Verbindung zu antifaschistischer Arbeit deutlich zu machen (z.B. Informationsveranstaltungen zu Kämpfen in der Türkei, zu Themen wie Bevölkerungspolitik, Knastkämpfen oder Kriminalisierung von AntifaschistInnen).
- Um über solche Themen zu informieren und auf der Straße präsent zu sein, machen wir Samstags ab 11.00 Uhr einen Büchertisch am Schulterblatt/Ecke Susannenstraße.
- Wir arbeiten mit mehreren Gruppen aus dem Stadtteil zusammen und unterstützen uns gegenseitig bei der Arbeit.
- Wir sind Teil der Roten Flora und wollen sie als Zentrum im Stadtteil verankern, indem sie unser Treffpunkt ist und indem wir uns in unserer Arbeit auf die Flora beziehen.

Die Rote Flora ist als besetztes Stadtteilzentrum im Kampf gegen die Umstrukturierung des Stadtteils durchgesetzt worden. Umstrukturierung führt dazu, daß die Mieten steigen und dadurch die meisten Menschen von hier vertrieben werden. Sie ist somit Teil staatlicher Gewalt gegen die Bevölkerung.
Der Kapitalismus kommt ohne Gewalt nicht aus.
Wenn Leute bei der Arbeit kaputt gemacht werden, wenn sie gefeuert werden, wenn ihnen die Wohnung genommen wird, wenn Frauen und Mädchen eingeredet wird, sie seien weniger wert als Männer, wenn sie belästigt oder geschlagen werden, wenn Menschen ungewrecht behandelt werden, weil sie arm sind oder aus einem anderen Land kommen, wenn Menschen in Staaten abgeschoben werden, wo sie Folter und Todesstrafe erwartet,
wenn also Menschen ohne Schutz sind, so ist das alltägliche Gewalt die unlösbar mit dem Kapitalismus verbunden ist.



Damit die Menschen sich nicht wehren, werden gesellschaftliche Widersprüche verschleiert. Die Menschen sollen denken, schlechte Lebensbedingungen seien die Folge ihres persönlichen Scheiterns. Daraus folgen Konkurrenz, Neid, Vereinzelung. Und allein machen sie Dich ein!

Wir alle müssen uns gegen unsere Unterdrücker wehren und unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen, und zwar gemeinsam!
Nur gemeinsam können wir eine Stärke entwickeln, um uns durchzusetzen.
Alle Menschen, die mit uns kämpfen wollen, sind uns willkommen!
Unsere Interessen in die eigenen Hände zu nehmen bedeutet, daß wir den Kampf gegen den Faschismus selber führen müssen. Wir glauben nicht, daß der Staat (Politiker, Justiz und Polizei) ein Interesse daran hat, die Faschisten wirklich zu bekämpfen. Das müssen wir schon selber tun!
Die Zukunft gehört nicht denen, die immer schweigen.
Die Zukunft gehört denen, die sich gemeinsam eine Stimme verschaffen!
DIE ZUKUNFT GEHÖRT UNS!

VERKEHR(T)

Die unerträgliche Leichtigkeit des Autoverkehrs auf dem Markt der Pferdestärken

Aufgestaute Gedanken am Fenster:
Während ich drinnen unbeweglich vor meinem Schreibtisch am isolierverglasten Fenster zum Pferdemarkt sitze, sichern draußen zwei Hundertschaften der Polizei das Grundrecht der Autofahrer auf freie Fahrt und stehen dabei den Autos selbst im Weg. Ungewollt haben die Kalkmützen durch ihr Anrücken eine Verkehrsberuhigung eigener Art geschaffen. Ihre Wannen parken eine Fahrspur der Feldstraße zu und auf der anderen halten die schaulustigen PKW-Fahrer konstant Tempo 30: **Na bitte, es geht doch !**
Auf lange Sicht könnte dann auch die Polizei mit dem ÖPNV (öffentlichen Personennahverkehr) zu solchen Einsätzen fahren, denn
a) immer öfter bleiben die Kolonnen der Mannschaftswagen schon vor dem eigentlichen Ziel im Stau stecken. Wo niemand mehr ausweichen kann, nützt auch das lauteste Martinshorn nichts mehr.



b) es spart Steuergelder, die für wichtigere Dinge dringend benötigt werden. Die Beförderung von Vollzugsbeamten in Uniform durch den HVV (Hamburger Verkehrsverbund) ist kostenlos.

c) U- und S-Bahn werden sicherer, also weniger Raubüberfälle und tote "S-Bahn-Surfer". Vielleicht könnte sogar die alltägliche Anmache gegenüber Frauen verringert werden ?
Nachdem seit Anfang Oktober in Zusammenarbeit mit der Polizei immer mehr Kreuzungsbereich für den Fußgänger-, Radfahrer-, Kinderwagen- und Skateboardverkehr wieder geöffnet worden war, ist nun seit Montag, den 14.10.91 die Geduld des Senats und der Polizei offensichtlich erschöpft. Die der Autofahrer schon lange. Wer läßt schon gern in seine Grundrechte eingreifen ?
Natürlich, die **Bewegungsfreiheit** steht allen Bürgern ohne Ansehen der PS-Klasse zu, aber **die Wahl der (Verkehrs-) Mittel**, mit denen dieses Grundrecht realisiert werden darf, ist nicht frei von marktwirtschaftlichen Erwägungen einer Wirtschaft, die vom Autotelefon bis zum Snowboard für Milliarden jene Mobilität verkaufen will, die uns aus immer unsinnigeren Gründen Entfernungen überwinden helfen sollen. Die auf der Straße viel zitierte "freie Fahrt für freie Bürger" gilt in erster Linie für LKW und PKW und ist auch ohne Blockaden zumeist nur noch eine Illusion.
Das Fahrzeug wird mehr und mehr zum Stehzeug, weil des Blechhalters Freiheit immer nur die des anderen Autofahrers sein kann.
Wenn dann mal gerade kein Stau ist muß natürlich die verlorene Zeit durch agressives Bleifußfahren aufgeholt werden.
Vielen Anwohnern, nicht nur am Pferdemarkt und nicht nur in Hamburg, stinkt´s. Weniger Lärm und Gestank, weniger Tote und die Wiedervereinigung beider Straßenseiten sind ihre Forderungen.
Schleichen statt Leichen mit Tempo 30 wird allerorten propagiert. Um die Lage am Pferdemarkt zu entspannen, waren NDR, Sat1 und RTL live vor Ort, Sat1 sogar mit einer Live-Diskussion. Zugegeben, die Blockade bildete nur den lärmenden Hintergrund für die illustre Expertenrunde. Vor allem der Pressesprecher des ADAC **(Auto Darf Alles Club)** nutzte die Überforderung der Talkmasterin aus, um seine Straßenbaupläne der Fersehöffentlichkeit darzustellen. Und außerdem würden auch immer wieder Menschen von Zügen überrollt, gab er noch zu bedenken.
Die ca. 400 Menschen auf der Kreuzung wurden durch eine einzige Frau in der Runde vertreten und ansonsten nicht weiter nach ihrer Meinung gefragt, höchstens vielleicht nochmal skeptisch und eher ungläubig: **Ob sie nicht selbst auch Auto führen ?**
Eine Fangfrage wie aus der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer: Ein Ja zeugt von Inkonsequenz, ein Nein von dem Egoismus, immer von den Anderen Einschränkungen zu fordern, die einen selbst

nicht betreffen. Auch eine ausweichende und differenzierende Antwort wie **"Es kommt darauf an, was man damit macht"** (Werbekampagne der betonverarbeitenden Industrie gegen das schlechte Image von Beton), hätte nicht geholfen. Welche Instanz will sich darüber ein Urteil anmaßen, welche Fahrt notwendig und sinnvoll in der Zweck-Mittel-Relation und dabei zusätzlich erforderlich und ökologisch vertretbar ist und welche nicht ?

Irgendwo in Asien soll es diese Stadt geben, in die gebührenfrei nur vollbesetzte PKW fahren dürfen, alle anderen zahlen. Und bei uns ? Antrags- und Plakettenlösungen laden doch nur zum Mißbrauch ein, wie die ASU (Abgassonderuntersuchung) beweist.

Wie also durchsetzen, was viele HanseatInnen wollen: **Weniger Verkehr !**

Der eilig zum Pferdemarkt gehastete Sprecher des ADAC (Arroganter Deutscher Abgas Club) jedenfalls überschlug sich fast dabei, die Interessen der - durch Flucht ins Umland dem Hamburger Haushalt Steuern hinterziehenden - Betriebe und Pendler zu vertreten. Er malte ein düsteres Bild einer Stadt an die Wand, deren Versorgungswege durch Verkehrsberuhigung gekappt sind und forderte allen Ernstes mehr Straßenbau, damit die Regale nicht leer werden.

Denn es geht hier vor allem um den Güterverkehr (85% davon auf der Straße) in der Boomtown Hamburg, denn davon lebt die Stadt schließlich. Daran ändert auch die Brummi-Anzeigenkampagne nichts, die suggeriert, daß vor allem der PKW-Individualverkehr den Verkehrsinfarkt verursache, denn "die anderen sind aber mehr schuld als ich" zieht als Argument nicht besonders.

Im Drahtseilakt zwischen allen Stühlen fordert die Handelskammer **noch mehr Straßen** (und damit Verkehr) und wertet die Blockaden der Anwohner als **"lokale Befindlichkeiten"** ab ("Wirtschaft Hamburg" v.Okt.-91,S.7), während sie andererseits mit Traute Müller an "Beruhigungspillen"-Konzepten für eine halbherzige Verkehrsberuhigung arbeitet. Herausragendster Vorschlag, vorgestellt im "Hamburg Journal" des NDR, **"Gewerbe als Lärmschutz"** an Ausfallstraßen anzusiedeln und die Wohnbebauung dahinter ins "Gewerbegebiet" zu verlegen. So gut dieser Vorschlag auch sein mag für neu zu bebauende Flächen, für bereits "falsch" bebaute Gebiete bedeutet dieser Vorschlag im Endeffekt die Kahlschlagsanierung nach der Devise: **Nicht zumutbar, daß da noch Leute wohnen !** (zB um den Högerdamm).

Unter Bevorzugung von Autoverkehr und wirtschaftlichen Aspekten wurde jahrzehntelang genau so Stadtplanung betrieben; eine ganze Häuserzeile der Stresemannstraße sollte vor Jahren kurzerhand abgerissen werden, um die Straße sechsspurig zu verbreitern. Zum Glück verabschiedete sich Hamburg dann von jeglicher langfristigen Verkehrsplanung.

Mit der Ansiedelung von Autohändlern an Stresemannstraße, Max-Brauer-Allee, Altonaer Straße und Doormannsweg sowie dem Ausbau der zwischen verkehrsberuhigten Gebieten liegenden Straßen wie Schanzenstraße und Weidenallee scheinen die Visionen aus der Handelskammer allerdings schon erste Früchte zu tragen.

Seltsam nur, daß es für dieses Konzept keine Vorbilder in einer Großstadt zu geben scheint, obwohl es - konsequent betrieben - ungeahnte Möglichkeiten eröffnet, die Wohnungsnot zu lindern: Sozialer Wohnungsbau in der Innenstadt zwischen Mönckebergstraße und Jungfernstieg, lärmgeschützt hinter Karstadt und Alsterhaus.

Behördenmaßnahmen: Tranqilize It !

1. Polizei

Die Fernsehberichterstattung (s.o.) war für die (un)verantwortlichen Politiker deshalb eine günstige Gelegenheit zum Gegensteuern. Er sollte für die DemonstrantInnen der Höhepunkt und krönende Abschluß ihres Protests werden. Um das klarzustellen, wurde am folgenden Montag zunächst die Innenbehörde aktiv und schickte zwei Hundertschaften Polizei zum Pferdemarkt.

a) Der Schutzmann regelt den Verkehr

Diese Verkehrspolitik mit polizeilichen Mitteln zeigte aber nur um so deutlicher das Versagen der für Verkehrspolitik zuständigen Stellen, denn



die Innenbehörde beschränkt sich laut Hackmann vorwiegend auf Machtproben mit der Bevölkerung, um zu demonstrieren, "wer im Viertel das Sagen hat". Spätestens seit dem "Hamburger Kessel" und den nun nach über fünf Jahren verhängten Geldstrafen gegen die unteren Verantwortlichen (Verfahrenskosten: 1 Million DM) ist der besonders freie und hansestädtische Umgang mit den Freiheitsrechten der Bürger über die Landesgrenzen hinaus ein Begriff. So ist es wohl nicht verwunderlich, wenn die Innenbehörde meint, ein Recht auf Meinungsäußerung, Protest,



Verkehrsblockade nach Unfall*: „Stresemannstraße ist überall"

Versammlung oder Demonstration sei gewissermaßen verbraucht, wenn besagte Meinung einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden konnte.
Jetzt wird ganz lieb geräumt und den "lieben Demonstrationsteilnehmern" (Räumungsaufforderung v.15.10) freundlich aber bestimmt klargemacht, daß Straßenblockaden nicht mehr geduldet werden können, wenn sie ihren **Ausnahmecharakter** verlieren.

"Bei der Entscheidung sind gegeneinander das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und das öffentliche Interesse an der **Leichtigkeit** des Straßenverkehrs abzuwägen, das sich aus dem in Artikel 2 Absatz 2 des Grundgesetzes garantierten Grundrecht auf **Bewegungsfreiheit** ergibt."
(aus einer Auflage der Innenbehörde).

Denn: Während sich die Blockierer nur versammeln, wollen andere auf der Kreuzung kreuzen bzw. sich fortbewegen, und das ist allemal gesünder und hat bekanntlich noch niemandem geschadet.
Die Versammelten wurden am 14. und 15.10.91 ebenfalls fortbewegt, wie es sich für eine westdeutsche Laatschdemo gehört, die gefälligst **"Aktion mit Symbolcharakter"** zu bleiben hat.
Deshalb beeilte sich der Megaphonist auch, die von seinen Kollegen durch die Stresemannstraße geschobene Bevölkerung eher unbestimmt aufzufordern, nun mal flotter auszuschreiten und - vor allem - nicht auf jeder Kreuzung eine Zwischenkundgebung abzuhalten, denn die Abendkurse des Polizeipsychologen tragen erste Früchte: **"Sie schaden dadurch nur Ihrem Anliegen !"**.
So dürfen die DemonstrantInnen auf der Stresemannstraße für Tempo 30 marschieren, wo sie dieses Ziel schon erreicht haben.

b) Kriminalisierung

Im Vergleich zum früheren Vorgehen der Sicherheitskräfte ist das schon als Fortschritt zu werten. Ein Jahr zuvor war eine ähnliche Aktion ("Standpauke" am 01.11.90) von der Polizei gewaltsam aufgelöst und DemonstrantInnen von Zivis festgenommen worden. Gegen den "Kurzzeitblockierer" Peter Riedel läuft zur Zeit ein Verfahren wegen Nötigung. Es dürfte der Auftakt für eine Serie von Strafverfahren sein wegen Delikten, die viele BürgerInnen **Nötig**, aber nicht **Nötigung** nennen. Aber vielleicht ist es in Anbetracht des Einzelschicksals eines "Idealopfers" (taktsicher wie immer: Szene Hamburg) in diesem speziellen Fall gar nicht **verwerflich** und damit erlaubt, für das Leben **geborener** Kinder auf die Straße zu gehen.

Das **Vorbehaltsstraßennetz** (alle Hauptverkehrsstraßen) in dem jegliche Verkehrsberuhigung ausgeschlossen sein soll, hat durch die Teilberuhigung des Autoverkehrs in der Stresemannstraße ein erstes, etwa 500m großes Loch, mit dem ein **Präzedenzfall** geschaffen ist (noch dazu auf einer **Bundesstraße**).
Durch diesen Frevel aufmerksam geworden, griff sogar der Staatsschutz in Form des LKA ein und ließ es sich nicht nehmen, die AktivistInnen schon bei den ersten Blockaden in der Stresemannstraße präventiv, penibel und rechtswidrig abzufilmen, weil "der Verdacht bestand, daß es sich um **Personen aus dem linksextremistischen Umfeld** handeln könnte"(ein Geheimpolizist in der MoPo).
Da hatten die übereifrigen Beamten den Kampf um die Straße offensichtlich als "Straßenkampf" fehlinterpretiert und sich mal wieder derbe (das Gesetz der Serie) verschätzt. Aber was für teures Geld auf Celuloid aufgenommen wird, muß für irgendwas gut sein. Das bestätigt sich jetzt, den nun konnten in perfektem timing die ersten **Ermittlungsverfahren** (zunächst über 70, jetzt noch 37) eingeleitet werden, gerade als sich am Pferdemarkt ähnliches zusammenbraute, um über eine Kriminalisierung zu erreichen, daß der Präzedenzfall



Kein Durchkommen: Immer wieder versperren in Hamburg Autofahrer Fußgängern den Weg. Die Grünen fordern in einem Bürgerschaftsantrag mindestens drei Meter Gehwegbreite – ohne Autos auf dem Bordstein.

Erster Prozeß gegen Blockierer

Gegen Peter Riedel von der „Fachgruppe Verkehr" beginnt heute vor dem Amtsgericht ein Prozeß wegen Nötigung im Straßenverkehr. Riedel hatte im November '90 auf der Stresemannstraße gegen die Verkehrsbelastungen demonstriert und blockiert. Sein Anwalt Manfred Getzmann hält den Prozeß richtungsweisend für kommende Verfahren. Der Verkehrsclub Deutschland sieht in dem Prozeß eine unzulässige Kriminalisierung von engagierten Bürgern.

"Das ist ja bekannt, aus dem Osten quasi, das zieht dann immer weitere Kreise und irgendwann schreien sie dann: **Wir sind das Volk und ihr seid der Stau !**"

nicht zur Nachahmung verleitet.

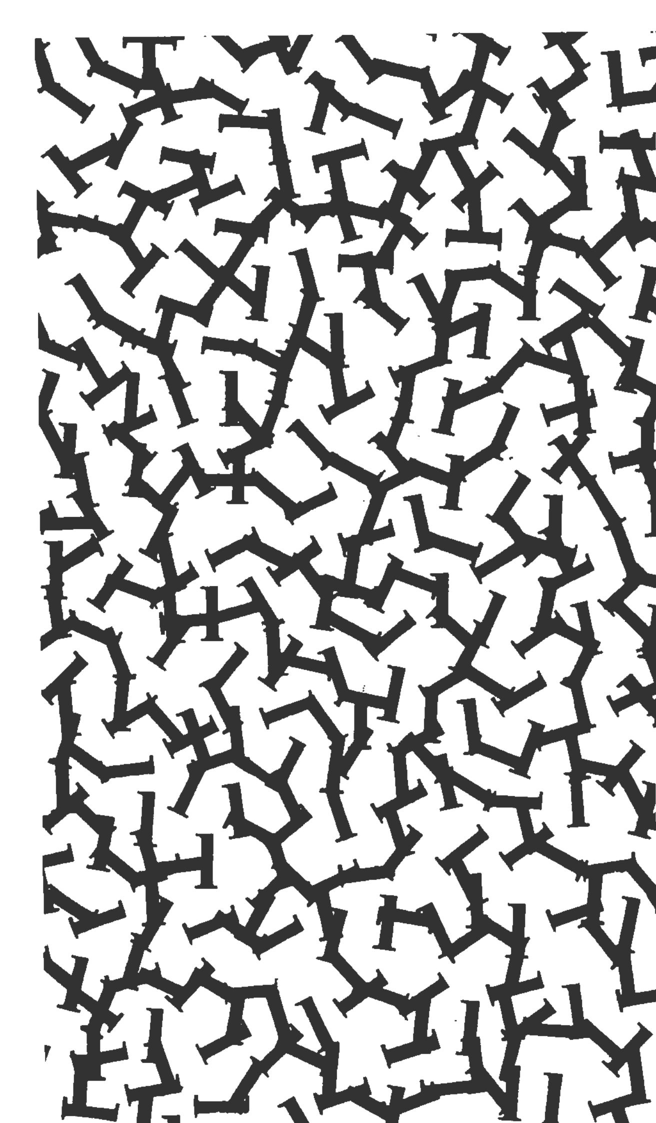
Die Verfahren können aller Voraussicht nach nicht erfolgreich - im klassischen Sinn - durchgezogen werden. So waren es zunächst über 70 Ermittlungsverfahren, von denen jetzt noch 37 betrieben werden. Das genügt zur Abschreckung, der Rest ist Selektion, um Solidarisierungseffekte wie massenhafte Selbstanzeigen zu verhindern. Selbst wenn auch davon noch einige eingestellt werden und in den angeklagten Fällen nur geringfügige Geldstrafen verhängt werden sollten, hat die "präventive Aufstandsbekämpfung" funktioniert. 13 Personen sind laut einer Antwort des Senats auf eine Große Anfrage in der Bürgerschaft in eine personenbezogene Datei der Kripo aufgenommen worden.
Die härtere Gangart zeichnete sich schon bei der nicht ganz so freundlichen Räumung am 15.10.91 ab, als sich immer noch Menschen um 16 Uhr versammelten. Die Polizei beugt vor, damit der Protest nicht zur **Plage** wird.

In der Stresemannstraße, wo die Polizei anfangs Verständnis zeigte und die Blockaden (und all die Straftaten, die plötzlich ermittelt werden müssen) duldete, hatte die Polizeiführung die Hartnäckigkeit der Menschen noch unterschätzt und war bisweilen auch mal von (strafunmündigen) Kindern mit Farbeiern in ihren Bunker zurückgetrieben worden. Die Innenbehörde war überrascht und mußte nachgeben. Die Strese wurde auf einem kleinen Stück einspurig verkehrsberuhigt, weil dort ein tragischer Unfall der 9jährigen Nicola Seher das Leben nahm und in die Schlagzeilen geriet. Die Frage der aufgebrachten Anwohner, **wieviele Menschen** noch sterben müßten, ließ sich mit den Mitteln der Unfallstatistik nicht beruhigend beantworten. Letztes Jahr waren es 550 Kinder, die auf gesamtdeutschen Straßen starben; 50 000 wurden verletzt.
Es wurde noch einige Tage versucht, trotz der zwei Hundertschaften Polizei die Kreuzung für den Fußgängerverkehr zu öffnen, dann ebbte der Protest ab und immer weniger Menschen kamen zu den Aktionen. Wahrscheinlich ging es **Innenpräfekt Hackmann** wieder einmal um die Frage, "wer im Viertel das Sagen hat".
Und es dient natürlich der Ausbildung ! Nun haben die am Pferdemarkt eingesetzten LKA-Jungfilmer und die BereitschaftspolizistInnen (Frauenanteil nach eigener Zählung über 20%) auch alles gelernt über deeskalierende Maßnahmen und wollen mal was anderes machen (zB. Überstunden abbauen, beim sozialen Wohnungsbau in der Juliusstraße zuschauen oder ein Asylantenheim schützen). Die Polizei ist eben "eilzuständig", wo die Politik versagt.

2. Hamburger Verhältnisse

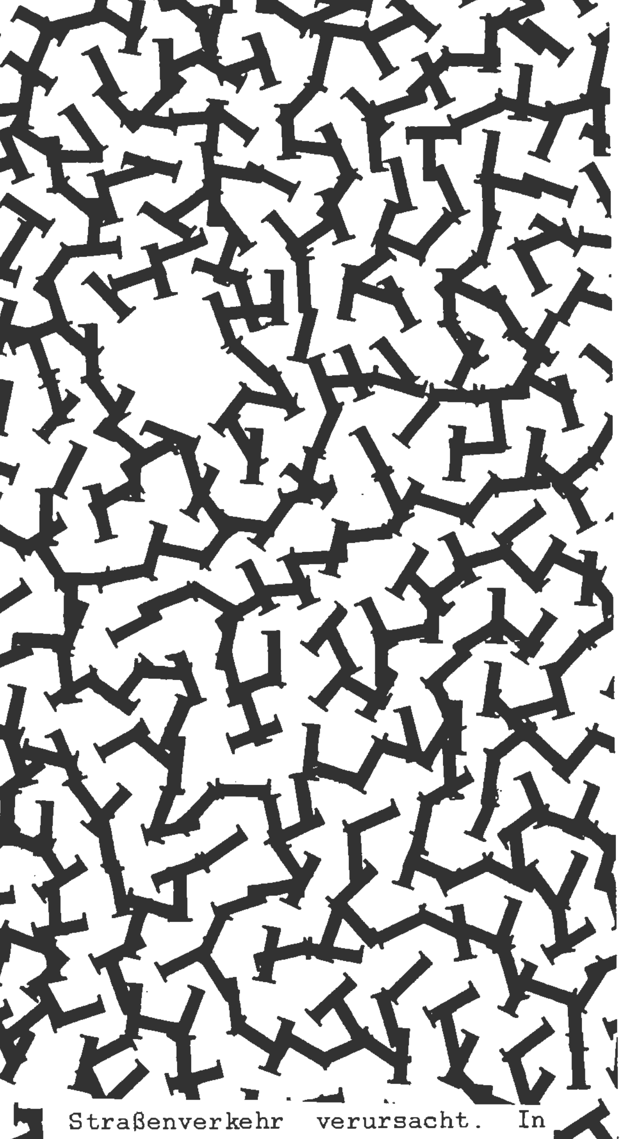
Schwierig zu beantworten ist die Frage, wer eigentlich für die Lösung des **Anliegens der Anlieger** zuständig ist. Beim Verkehr haben gleich mehrere Behörden ihre Finger drin.
Die Stadtentwicklungs-Senatorin Traute Müller meint:
"Blockaden sollten nicht zum Dauerereignis werden" (MoPo v.16.10). Schließlich sei das Anliegen der Blockierer längst vermittelt worden (und damit jedes Demonstrationsrecht verbraucht, s.o.) und im übrigen könne sie **"nicht zaubern"** (OK-Radio Interview v.14.10). Und in der Tat:
Obwohl sie sich innerhalb der SPD Anerkennung verdient hat, indem sie einen Waffenstillstand der Flügelkämpfe vermittelte, soll sie nun die Quadratur des Kreises versuchen und über die Jahre gewachsene Verkehrsprobleme der Stadt lösen. Selbstverständlich zur Zufriedenheit aller Beteiligten.

Und ebenso wie wir alle - im täglichen Kampf mit der Materie - im Bad unerschrocken die überlaufende Wanne in den Blick nehmen und uns nach dem ersten Schrecken (1.Idee: Wasser abstellen!) ohne zu zögern pragmatischen Lösungen zuwenden würden (Erstmal den Wasserstand messen und umverteilen, dabei den vorhandenen Raum effektiver nutzen!), geht auch die Senatorin für Stadtentwicklung mit Augenmaß ans Werk. Sie weiß, daß sie weder das Wasser abstellen noch den Stöpsel aus der Wanne ziehen kann.
Das **Senatsamt für Stadtentwicklung und andere Lippenbekenntnisse** existierte bis jetzt nicht einmal, Frau Müller hatte keine Kompetenzen, keine Mitarbeiter und auch kein Geld.



Durch die Verkehrsaktionen animiert, nutzte Traute Müller mit dem ersten Bürgermeister die Situation, um Senator Wagner etwas zu entmachten und die Steb endlich handlungsfähig zu machen. Letzteres konnte nur Erfolg haben, wenn andere Behörden Zuständigkeiten abtreten würden. Die einfachste Lösung traute sich Voscherau nicht zu: den Bausenator zum Frühstückssenator zu machen und der Baubehörde einen neuen Leiter zu verpassen, der den aufgeblähten Apparat wieder funktionstüchtig machen könnte.

Nach der jetzt vorgenommenen Aufteilung der Kompetenzen bietet die Stadtplanung ein noch diffuseres Bild und ist alles Mögliche, nur kein "Sieg für Traute" (taz v.30.10.91). Drei weitere Behörden kungeln mit:



Handelt es sich demnach um eine Scheinbehörde ? **Is this Virtual Reality ?** Ist die Senatorin womöglich nur mit dem Datenhandschuh simuliert? Die Antwort lautet: Ja !

Die Stadtentwicklungsbehörde (Steb) ist schon bei ihrer Gründung ein totgeborenes Kind gewesen, gezeugt allein aus der Notwendigkeit, den Widerstand der zuständigen Baubehörde und ihres "Betonkopf"-Chefs Eugen Wagner zu umgehen und endlich wieder Stadtentwicklung aktiv mitzugestalten. Denn Wagner´s Baubehörde ist zwar mit vielen Mitarbeitern (allein 700 im für Verkehrspolitik zuständigen Tiefbauamt) teuer, gleichzeitig aber auch so uneffektiv, daß ein Mitarbeiter des Organisationsamtes (Schiedsrichterfunktion im Kompetenzgerangel) in der taz meinte:

"Was wir in der Baubehörde angetroffen haben, wollten wir zunächst selbst nicht glauben." Aber lassen wir die Baubehörde doch selbst zu Wort kommen:

"Die Baubehörde erläutert, daß in der Abteilung Gesamtverkehrsplanung eine Gesamtverkehrsplanung nicht stattfindet." (Senatsdirektor Knut Gustafsson).

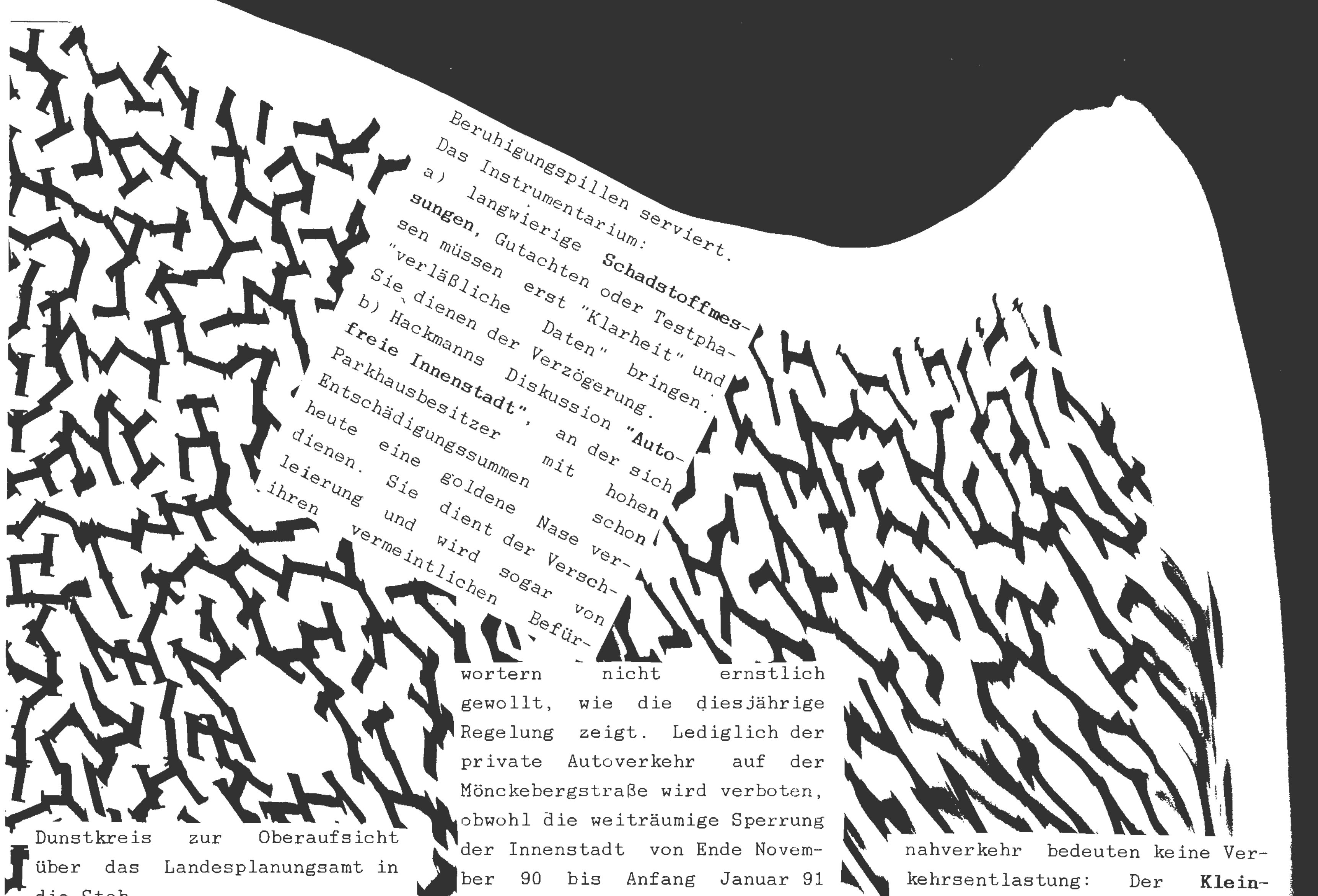
(1) Die Wirtschaftsbehörde bleibt verantwortlich für Hafen, Autobahnen und Bundesstraßen sowie den Flugverkehr. Damit behält sie die ministerielle Zuständigkeit gegenüber der Bundesregierung. Da Pferdemarkt und Stresemannstraße Teil der B 4 (431) sind, hat die Steb dort nichts zu sagen.

(2) Die Baubehörde bleibt zuständig für Bebauungspläne und gibt die übergeordnete Bauplanung (Flächennutzungs- und Programmplanung) an die Steb ab. Das klingt sachgerecht, hat aber wenig Auswirkungen und führt zum Clinch zwischen beiden Behörden, denn die Stadtplaner im Landesplanungsamt der Baubehörde arbeiten lieber auf Bebauungsplanebene ohne übergeordnetes Konzept. Konkret bedeutet das, daß zB der Hafenrand eine Kette einzelner Projekte ist, ebenso die Mehrzweck- und Großmarkthalle (s.Neues Schanzenleben v.Nov. 1990) und sogar Allermöhe II. Wo bleibt da noch Platz für die Steb ?

(3) In der Umweltbehörde von Senator Fritz Vahrenholt liegt der Schwerpunkt noch immer auf der "Umwandlung des Luftmeßsystems", denn:"nötig sei jetzt eine **exakte Erfassung** der Schadstoffbelastungen, die der Straßenverkehr verursacht. In spätestens **einem Jahr** soll mit den Messungen in mindestens zwölf Straßen begonnen werden. Und wenn die Messwerte **über** der neuen Bundesverordnung liegen, dann sind Maßnahmen der **Stadtentwicklungs-Behörde** angesagt.-"(MoPo,18.10.91) Bei solchen Sprüchen muß er sich kaum gewundert haben, daß ihm außer dem sogenannten Eingriffsrecht nach dem Naturschutzgesetz (dieses Veto kann nur der Senat überstimmen) nicht mehr viel bleibt nach der Umstrukturierung. Seine Befürchtung, zu einer Behörde des technischen Umweltschutzes degradiert zu werden, bestätigte sich mit einer Deutlichkeit, an der er keineswegs unschuldig ist (s.o.).

In der Stresemannstraße, als "dreckigste Straße Deutschlands" der Umweltbehörde seit langem bekannt, stellte diese bereits zweimal Meßstationen auf und schlug viel zu spät Alarm.

Einen gewissen frischen Wind und Magneteffekt für gute Mitarbeiter sollte der Steb aber nicht abgesprochen werden. Oberbaudirektor Egbert Kossak wechselte bereits aus Wagners



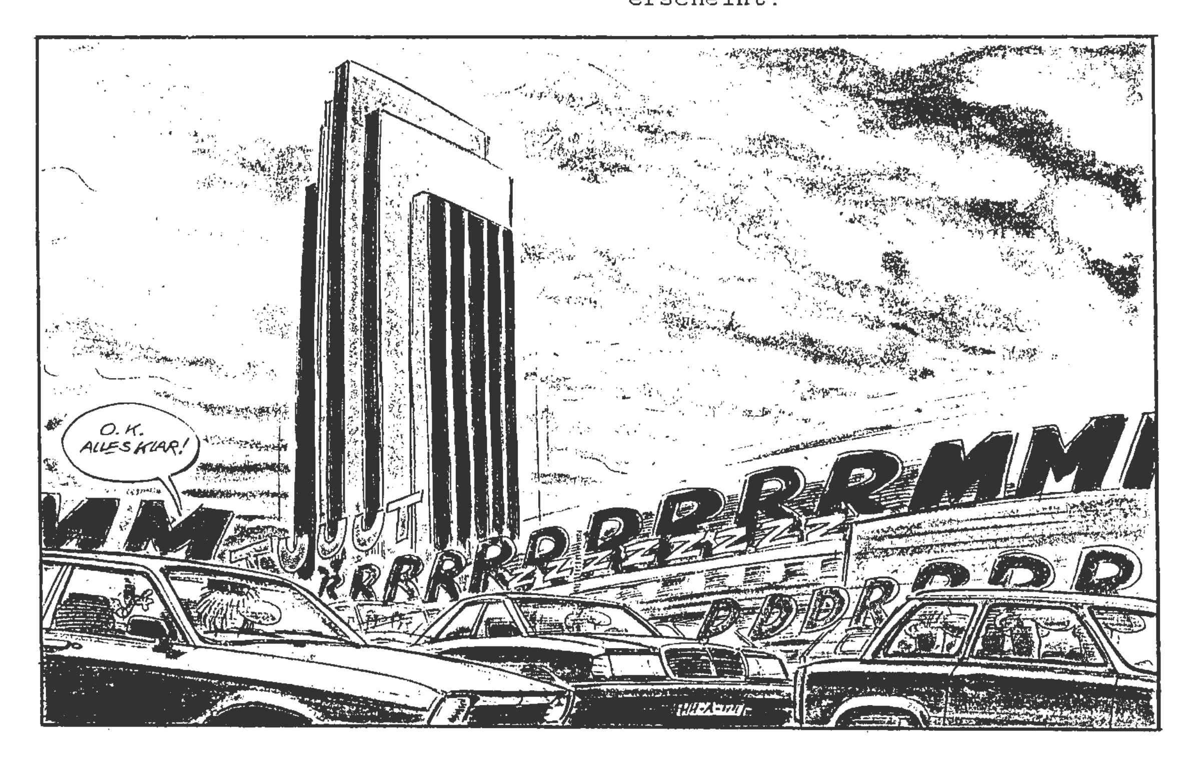
Dunstkreis zur Oberaufsicht über das Landesplanungsamt in die Steb.
Vieles spricht deshalb dafür, daß hier nur wieder kostspieliger Schaum geschlagen wird anstatt ernsthaft den Versuch zu unternehmen, die drängendsten Probleme der Hansestadt (Verkehrsinfarkt und Wohnungsnot) in den Griff zu kriegen.

3. The art of noise

Diese Politik steht in der Tradition Hanseatischer Regierungskunst und scheint das Wahlvolk immer aufs Neue zu verführen.
Aber wen interessiert das wirklich ? Im Grunde haben wir es doch (zweckpessimistisch) immer schon geahnt, daß hier nur "die Interessen der Herrschenden" vertreten werden sollen, oder ?
Und interessant ist letztlich doch nur die Methodik, das "Wie".
Abgesehen von dem Selbstgänger **"uns sind die Hände gebunden"** kommt hier die Methode des Vortäuschens, der **as-if politics** zum Zuge: Probleme, Debatten, Lösungen und Erfolge bestehen nur zum Schein, sie sind (oder werden später) simuliert und dem Bürger als Beruhigungspillen serviert.
Das Instrumentarium:
a) langwierige **Schadstoffmessungen**, Gutachten oder Testphasen müssen erst "Klarheit" und "verläßliche Daten" bringen. Sie dienen der Verzögerung.
b) Hackmanns Diskussion **"Autofreie Innenstadt"**, an der sich Parkhausbesitzer mit hohen Entschädigungssummen schon heute eine goldene Nase verdienen. Sie dient der Verschleierung und wird sogar von ihren vermeintlichen Befürwortern nicht ernstlich gewollt, wie die diesjährige Regelung zeigt. Lediglich der private Autoverkehr auf der Mönckebergstraße wird verboten, obwohl die weiträumige Sperrung der Innenstadt von Ende November 90 bis Anfang Januar 91 problemlos verlief und positiv aufgenommen wurde.
c) die **Nahverkehrsabgabe** zur Einschränkung des Autogebrauchs (ca.DM 400,--p.a.), die tatsächlich nur eine zusätzliche Steuererhebung ist. Die läßt zwar endlich auch die steuerflüchtigen Pendler für die Straßen bezahlen, die sie benutzen. Sie dient als Kostenbeteiligung aber auch der Finanzierung des künftigen Straßenbaus und führt gerade deswegen zur intensiven Nutzung des Autos.
d) abgetrennte Busspuren, aus denen bei optimaler Raumausnutzung plötzlich **"neuartige Mehrzweckspuren"** (Frau Müller) werden und die außer Bussen und Taxis "Teilen des innerstädtischen Wirtschaftsverkehrs" Platz bieten sollen. Das ist Privilegierung, keine Verminderung des Schwerlastverkehrs und macht das **rollende Warenlager** und die dadurch ermöglichte **just in time**-Produktion nur noch attraktiver. Der scheinbare Erfolg tritt nicht nur nicht ein, er verkehrt sich in sein Gegenteil.
e) kleinere LKWs für den Güternahverkehr bedeuten keine Verkehrsentlastung: Der **Kleintransporter-Boom** ist längst vorbei und hat neben der Produktion der Hersteller auch das Verkehrsaufkommen schon wesentlich erhöht. Da spielt keine Rolle mehr, daß der **einzelne** Kleintransporter schadstoffärmer ist und die Streckenß führung optimiert. Frau Müller propagiert die "Güterfeinverteilung" mit LKW unter Vermeidung von Leerfahrten, die ohnehin jedem Unternehmer am Herzen liegt und so wenig in ihren Zuständigkeitsbereich gehört wie die von ihr vorgeschlagene "Ausweitung des Leistungsangebots im ÖPNV".
f) selbst die harmlose Aufforderung an alle, möglichst auf den ÖPNV **umzusteigen**, verliert ohne flankierende Maßnahmen ihren Sinn. Denn je mehr Menschen auf Bus, Bahn und vor allem Fahrrad umsteigen und die damit verbundenen Nachteile in Kauf nehmen, desto mehr Platz bekommen die "Unbelehrbaren" auf der Straße.
Dies trifft gleichermaßen auf Vorschläge zu, durch flexiblere Arbeitszeiten die **rush hour** zu nivellieren. Mit dem Ergebnis einer all **day rush** hour.

Schon heute hätten es Radiosprecher leichter, wenn sie zwischen 7 und 10 Uhr oder 14 und 19 Uhr nur die wenigen staufreien Strecken ansagen müßtenn.Eine Ausweichempfehlung gibt es nicht, der rush hour Stau ist permanent, allgegenwärtig und vielstündig, denn nur **"Chrysler fährt auf neuen Wegen"**, wie uns die Radiowerbung nach den Verkehrsnachrichten weismachen will.

Auch ein Senat, der nur zum Schein auf die Umweltproblematik eingeht und tatsächlich ausschließlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten den Vorrang einräumt, wird allerdings zum Handeln gezwungen, wenn auch der Wirtschaftsverkehr nicht mehr durchkommt. In dem SPD-Wahlprogramm zur Bürgerschaft heißt es deshalb auch folgerichtig: "... soll zugleich der motorisierte Individualverkehr, vor allem der Berufsverkehr und die Einpendlerströme dort eingeschränkt werden, wo dies **vernünftig** erscheint."



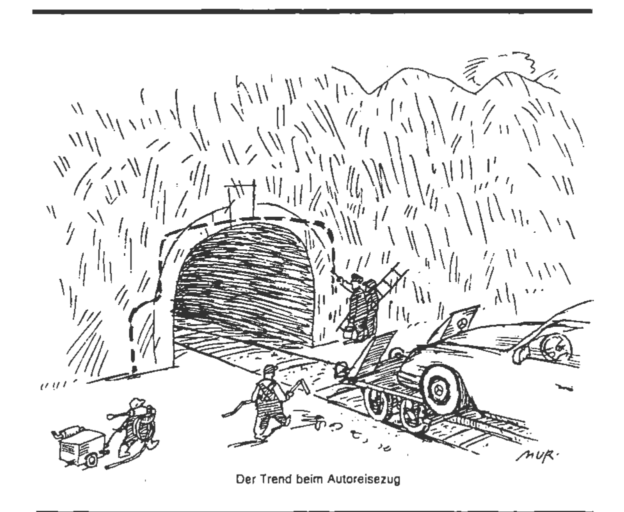
4. Alternative öffentlicher Nahverkehr

4.1. Die Deutsche Bundesbahn und der Güterverkehr

Sie gilt als teuer, langsam und unflexibel **im Vergleich zum LKW**. Vielleicht nur, weil der LKW zu billig ist.

Über ihre Lobby hat die **Daimler-Benz AG** immer wieder verhindern können, daß ihre sogenannten Nutzfahrzeuge angemessen besteuert werden, geschweige denn am Straßenbau finaniell beteiligt wurden. Das Unternehmen DB wird von einem ehemaligen Vorstandsmitglied des Nutzfahrzeugeherstellers DB geführt. Deshalb werden die Autoreisezüge in wenigen Monaten für die neue Mercedes S-Klasse umgerüstet (,während Rollstühle nach wie vor nicht in die Gänge passen). Unrentable Strecken werden stillgelegt und nur solche neu gebaut, die ihre Kosten amortisieren können. Hochgeschwindigkeitszüge sollen im Rennen um die Kunden dem Luftverkehr Konkurrenz machen. Die öffentliche Aufgabe eines engmaschigen Schienennetzes weicht einer betriebswirtschaftlich ausgerichteten Sichtweise. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Nicht auszudenken, wenn der Straßenbau seine Unkosten über Nutzungsgebühren (Maut) wieder reinholen müßte oder die Fahrzeughersteller nicht nur die Entsorgung, sondern auch die **Nutzungsmöglichkeit ihrer Fahrzeuge garantieren** und deshalb Straßen bauen müßten.


Der Trend beim Autoreisezug

4.1.1. Gutes Beispiel Inland: In den neuen Bundesländern werden verstärkt große Supermärkte und EKZ gebaut. Dafür stellt die jeweilige Gemeinde (häufig kostenlos) Land zur Verfügung. Für die vorgeschriebene Erschließung, zB. einer Linksabbiegerspur für DM 300.000,--, hat die Kommune in der Regel kein Geld, so daß die Unternehmen letztlich die öffentliche Straße zu ihren Märkten (Warenanlieferung 100% über LKW) selbst bezahlen. Und warum auch nicht ?

4.1.2. Schlechtes Beispiel Inland: Die Holsten AG nutzt ihre Gleisanlagen ebensowenig wie der Schlachthof, weil es sich nicht mehr rechnet und die Bahn zu langsam ist. Bier und Vieh werden daher auf unzähligen LKWs Tag und Nacht herumgefahren.

4.1.3. Gutes Beispiel Ausland: Im Vergleich zu Hamburg ist bei den Preisverhältnissen in Tokio (Kaufkraft 2 zu 1) Bahnfahren wirklich billig. Die kürzeste Strecke kostet in Tokio 120 Yen (DM 1,38), die Fahrt von Bergedorf nach Hamburg würde 160 Yen (DM 1,84) kosten. Die Bahnlinien sind gut ausgelastet, aber keineswegs so überfüllt, wie es bisweilen gezeigt wird und finanzieren sich selbst. Die privaten Unternehmen machen sogar gute Gewinne.

4.1.3. Schlechtes Beispiel Ausland: In Südamerika oder Afrika wird der Verfall des dort als billigem Massenverkehrsmittel noch viel sinnvolleren Bahnnetzes durch zunehmenden LKW- und Bus-Einsatz (Mercedes, MAN, Scania, Iveco) weiter forciert.

Absurd wird diese Entwicklung zB. im Niltal Agyptens, wo das von den Briten zu Kolonialzeiten gelegte Schienennetz, wenn es instandgehalten würde, nahezu den gesamten Güter- und Personenverkehr übernehmen könnte, da es außerhalb des Flußlaufes nur Wüste und deshalb fast keinen Querverkehr gibt.

Heute lassen sich die Touristen lieber in klimatisierten Bussen der Reisegesellschaften auf den brandneuen Asphaltstraßen transportieren, durch die wertvolles Anbauland verlorengeht. Die ägyptische Bevölkerung bevorzugt die Ladeflächen der japanischen Kleintransporter (PickUps von Toyota, Nissan und Mazda) als Sammel-Taxis, die bis hinunter nach Südafrika (Azania) und Simbabwe mehr und mehr die etablierten Busbetriebe verdrängen.

Obwohl ökologischer Wahnsinn, verschafft das Sammeltaxi vielen Schwarzen in Südafrika ökonomisch eine unternehmerische Existenzgrundlage. Über ihre Organisation Sabta (South African Black Taxi Association) bekommen sie Kleinkredite der südafrikanischen "Wesbank", um schneller neue Fahrzeuge anschaffen zu können. Allein in Südafrika wird die Zahl der "Zola Budds" genannten Sammeltaxis auf bis zu 130 000 geschätzt.

"Die südafrikanischen Töchter von Toyota und Nissan entwarfen nach den Wünschen von Sabta spezielle Minibus-Ausstattungen mit sechzehn Sitzen und Fünf-Gang-Schaltung." (DIE ZEITv.18.10.91)

Der ÖPNV südamerikanischer Hauptstädte mit 10-20 Mill. Einwohnern wird dagegen überwiegend von privaten Busgesellschaften auf kleineren in Lizenz gebauten Mercedes-Chassis betrieben. Obwohl mangels Wohlstand der PKW-Individualverkehr nicht so sehr ins Gewicht fällt, verpesten Tausende dieser Busse und Taxis die Luft der Städte.

Die Eisenbahn spielt für die Anreise aus den Slumgürteln der Metropolen zwar eine entscheidende Rolle, wird aber auch dort durch zunehmenden Einsatz von Bussen verdrängt. Der Inlandspersonenverkehr wird durch die eigene Mißwirtschaft praktisch freiwillig den Überlandbussen überlassen und der grenzüberschreitende Eisenbahnverkehr ist durch komplizierte Zollbestimmungen so erschwert, daß eigens eine Organisation (ALAF: asociacion latinoamericana de ferrocarriles) sich damit beschäftigt, ihn mit bundesdeutscher Entwicklungshilfe wieder zu vereinfachen.

4.2. Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV)

Erhöht außer dem Minutentakt einiger Buslinien vor allem ständig die Preise. Obwohl die während der Stoßzeiten überfüllten U-Bahnen technisch im 2-Minutentakt verkehren könnten, werden die zusätzlichen Züge nicht angeschafft. Der ÖPNV muß aber vor allem für den Berufsverkehr attraktiver werden. Der autofahrende Bürgermeister hat bei einem Test Erschröckliches feststellen müssen: Die S-Bahn ist schmuddelig, fährt teilweise noch mit Vorkriegswaggons und ist überhaupt verantwortlich für den schleppenden Ausbau des ÖPNV. Damit schiebt er den Schwarzen Peter zu einem, der ihn nicht mehr verdient als er selbst. DB-Chef Heinz Dürr, mit dem Voscherau wegen einer Übernahme der S-Bahn verhandelt, ist für ein jährliches Defizit der S-Bahn iHv DM 140 Millionen DM verantwortlich. Voscherau verlangt nicht nur den Abbau dieses Defizits, sondern gleich noch umfangreiche Modernisierungsinvestitionen, ansonsten solle die Bahn aus dem HVV fliegen. Eine verrückte Drohung, die vermutlich nur einen neuen Einnahmenverteilungsschlüssel innerhalb des HVV vorbereiten soll. Die Modernisierung und vor allem seine interessante Forderung nach kompatiblen U- und S-Bahnen hätte er aller- dings längst selbst vorantreiben können. Oder war mit "Kompatibilität" nur ein "Wordplacement" beabsichtigt gewesen und tatsächlich gemeint, die S-Bahn solle all ihre Wagen gegen U-Bahn-Wagen austauschen ?

4.2.1. Kompatibilität ?

Die Forderung nach Wiedereinführung der Straßenbahn wird unter Hinweis auf ein Gutachten zurückgewiesen. Dieses Gutachten kommt zu dem zutreffenden Ergebnis, daß die Wiedereinführung nur auf wenigen Strecken wirtschaftlich sinnvoll ist und einige Nachteile mit sich bringt: eine weitere Zersplitterung der Verkehrsmittel; Wegfall der Förderung durch Bundesmittel bei Parallelverkehr zu U- und S-Bahnlinien; viele Buslinien müßten eine neue Linienführung erhalten; der Umsteigeverkehr nähme zu.

Das muß aber nicht bedeuten, daß für die Straßenbahn kein oder nur wenig Platz im Verkehrskonzept ist.

4.2.2. Straßenbahn

Es gibt eine nicht diskutierte Alternative: die





Flächenverbrauch durch Pkw und Stadtbus*: 72 Autos auf jedem Kilometer Straße

kombinierte Stadtbahn wie in Köln, die sowohl im U-Bahn-Netz als auch auf den neu zu bauenden Straßenschienen verkehren könnte. Dazu bedarf es nur den entsprechenden Abzweigungen mit Wechsel von den ebenerdigen Stromschienen im Tunnel zu Oberleitungen, was technisch möglich ist und bei den neuen U-Bahnwagen (U2) als Umrüstmöglichkeit schon vorgesehen ist. Ein Zug mit drei Wagen hat darüberhinaus die für die Straße höchstzugelassene Länge von nicht mehr als 60m bei einer Breite, die der Fahrbahn entspricht, was einigen Skeptikern allerdings zuviel ist.
Auch Klapptrittstufen für die bahnsteiglosen Straßen lassen sich einbauen. Mit dieser Kombination liesse sich das U-Bahn-Netz verlängern und verbreitern, wo heute (zu) viele Busse eingesetzt werden müssen. Für einen U-Bahn-Kilometer lassen sich 30 Straßenbahnkilometer finanzieren. In Zeiten mit geringem Verkehr fährt dann nur ein Wagen, der immer noch ein Fassungsvermögen von zwei Gelenkbussen hat. Parallelverkehr findet nicht statt und die Umsteiger bleiben auf demselben Bahnsteig.

4.2.3. Citybahn

Das in Ballungsgebieten überaus praktische Konzept sieht vor, daß bei Bedarf von den Endstationen der Schnellbahnen aus ganze Züge ohne Halt bis in die Innenstadt durchfahren. Der Pendelverkehr wird dabei so koordiniert, daß die Zubringer, zB die Busse auf den Dörfern, die gesammelten Fahrgäste zu etwa gleichen Zeiten an diesen Endstationen abliefern, so daß diese den Cityzug nehmen können. Denn die meisten Pendler arbeiten in der Innenstadt, für andere Ballungsräume wie die City-Nord, die Universität oder das UKE muß zunächst eine Schnellbahnanbindung geschaffen werden.
Zur Erleichterung des jetzt schon erhöhten Umsteigeverkehrs am Knotenpunkt Hauptbahnhof ist wiederum die Kompatibilität der Verbundsysteme wichtig, um die gewonnene Zeit nicht in nervenaufreibender Bahnsteigsuche im Gedränge wieder zu verlieren.

Regelrecht ändern!

5. Dringende Maßnahmen

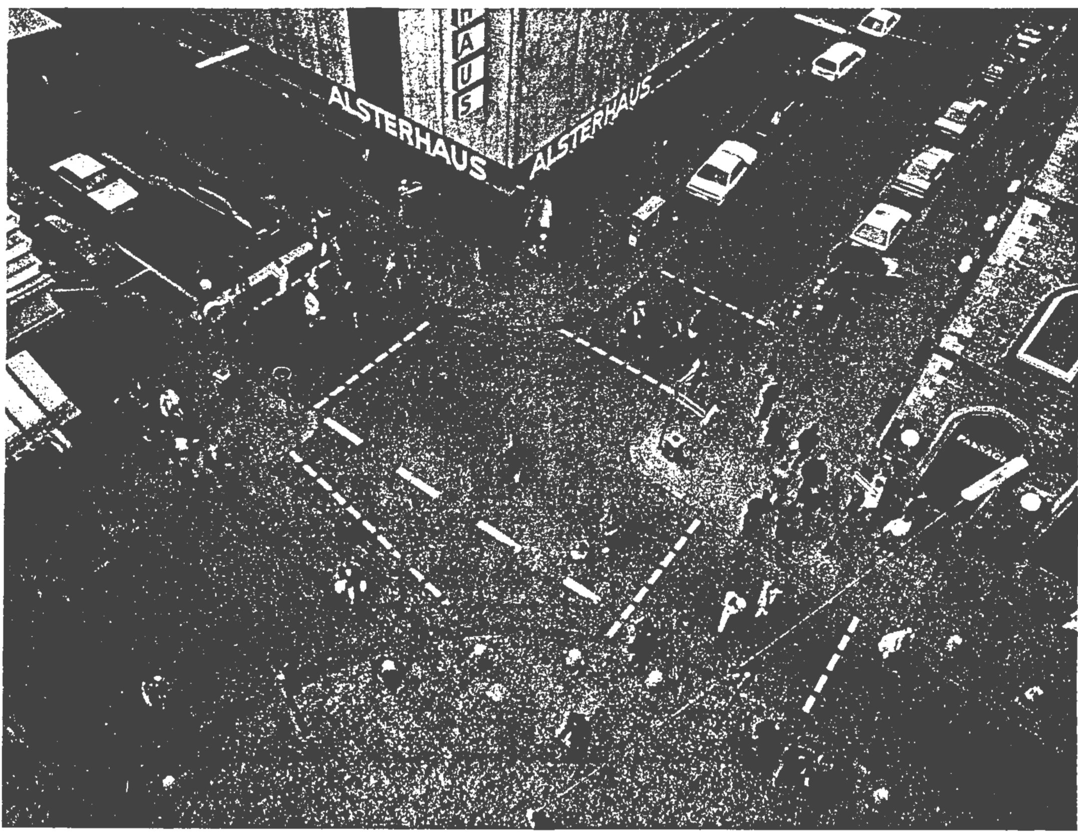
Nicht alles, was heute so gefordert wird, ist auch wirklich gut, geschweige denn so wichtig, daß es unbedingt gleich passieren müßte. Dazu gehört beispielsweise das geniale Projekt:

Grüne Wiese Pferdemarkt

Selbstverständlich muß, allen Unkenrufen kadettfahrender Anwohnerinnen zum Trotz, auf lange Sicht der Flora-Park irgendwo neu angelegt werden, vielleicht als **Neuer** Flora Park, wie die irreführende Werbung eines drittklassigen Theaters am Holstenbahnhof es vorgemacht hat. Welcher Ort wäre dazu besser geeignet als der **Neue** Pferdemarkt. Das Erscheinungsbild einer Straße **ist** veränderbar. Zum Abschluß noch 2 x 4 wichtige Vorschläge, die dem Senat gut und billig, uns Anwohnern dagegen lieb und teuer sein sollten. Es sprechen gute (und iSd SPD sogar "vernünftige" ,s.o.) Gründe dafür und andere Städte haben es schon vorgemacht, so daß der Senat nicht einmal etwas riskieren muß.

Sofortmaßnahmen:

1) mehr **Tempo 30** in der Stadt: Die Unfälle nehmen um 25-30 % ab, die mit tödlichem Ausgang sogar um 90 %; der Schadstoffausstoß sinkt, obwohl etwas mehr Benzin verbraucht wird. Die optimale **Durchlaßfähigkeit** des Stadtverkehrs liegt ohnehin nur bei **38 km/h**;
2) **Gehweg zum Gehen**: mindestens 3 Meter breit nur für Fußgänger; Lampenmasten, Elektrokästen, Parkuhren, Müll-Container und Grünstreifen runter vom Gehweg an die Straße; Gehwegparken in jeder Form unmöglich machen;
3) Reduzierung der PKW-Stellplätze (Anwohner privilegiert);
Fahrradstreifen auf die Straßen verlegen und Aufhebung der Einbahnstraßenregelung für Fahrradfahrer;
4) **Beschleunigungsprogramm** für Fußgänger durch geänderte Ampelschaltungen: **Rundum-Grün** an Kreuzungen; Wartezeit 30 Sekunden; Grünphase verlängern; keine Zwangspause auf der Abgasinsel; Zebrastreifen an jeder Kreuzung;



Fußgängerfreundliche Ampelanlage (in Hamburg): Mehr Sicherheit mit „Rundum Grün"

Mittelfristige Planungen:

1) **Die Attraktivität des ÖPNV erhöhen durch:**

a) Wiedereinführung der Straßenbahn als **kombinierte und kompatible Stadtbahn** auf den Buslinien 102, 108, 109, 35 und 37 oder Alternativstrecken;

b) 3 Minutentakt der Schnellbahnen im Berufsverkehr;

c) durchfahrende Züge von den Endstationen der Schnellbahnen in die Innenstadt und zurück (**City-Bahn-Konzept**);

d) Schnellbahnanbindung der Universität durch Bau eines Bahnhofs für die U1 zwischen Stephansplatz und Hallerstraße (zB Ecke Johnsallee/Schlüterstraße);

e) **Senkung der Fahrpreise** durch Großkundenabos: Der Semesterbeitrag für Studenten zB müßte um ca. 80 DM angehoben werden. Dafür gibt es einen Fahrausweis für das ganze Semester im gesamten Netz.

f) **Senkung der Fahrpreise** durch Senkung des Kostendeckungsgrades des HVV auf die Hälfte (bisher in HH 60 %, andere Großstädte 40 %); verhaltensabhängiger Nahverkehrsbeitrag für Unternehmen;

2) Verkleinerung des Vorbehaltsnetzes (ohne Tempo 30) auf die Ringe und die größten Einfallstraßen; auf allen übrigen Straßen Sperrung für den Schwerlastverkehr und Tempo 30; Einbahnstraßenregelung in Einkaufs- und Spielstraßen;

3) Schienenanbindung des Schlachthofes und anderer Großbetriebe in Wohngebieten (Astra, Holsten, Kühne), die dafür in Frage kommen; flankierende Maßnahmen zur Verteuerung des Schwerlastverkehrs: Nahverkehrsabgabe und Fahrverbote;

4) Sperrung der Innenstadt für den Privatverkehr schon bei geringfügiger Überschreitung der erlaubten Konzentration an Luftschadstoffen;

Sicher gibt es noch viele andere vernünftige Vorschläge, die politisch genausowenig eine Lobby vorweisen können wie die vorstehenden. Es fehlt der politische Wille und der Vernunft eine Lobby, um von der "autogerechten Stadt" (H.-J. Vogel 1960) zu einer menschengerechten Stadt zurückzufinden, wie Umfragen beweisen: "Auf die Socialdata-Frage, ob der öffentliche Nahverkehr samt Rad- und Fußwegebau gefördert werden solle oder der Bau von Autostraßen, entschieden sich in ost- und westdeutschen Städten **stets mehr als zwei Drittel** der Bewohner für den Öko-Verbund. Ein völlig anderes Bild ergab sich allerdings bei der Befragung von Kommunalpolitikern, Stadtplanern und Lokaljournalisten: Stets sprachen sich die Meinungsbildner mehrheitlich für den Straßenbau aus." (DER SPIEGEL 45/1991,S.1-90)

COMIX GEKLAUT AUS: "RAST(H)AUS" von Wolfgang "Spoil" Sperzel

Robin, acht Jahre alt, nimmt Klavierunterricht. Er ist begeisterter Pianist. Das Spielen macht ihm Spaß und "Das Atelier" findet er "ziemlich gut". In dem großen Raum kann er nämlich auch mal herumtollen, wenn die Finger so gar nicht mehr wollen, wie die Tonleitern es erfordern.

Auch immer mehr Erwachsene erfüllen sich hier einen alten Traum: Endlich einmal in die Tasten greifen - es ist nie zu spät, ein Instrument zu lernen - Abschalten vom Alltag. Wer den Wunsch nach Entspannung hegt, wird hier fündig.

Denn der Raum im Schanzenhof hat viel zu bieten für Körper und Wohlbefinden. Neben Tai Chi und Feldenkraiskursen wird hier auch Entspannungsgymnastik angeboten. Im "Atelier" steht der Körper im Vordergrund, die zahlreichen Möglichkeiten, die er uns bietet, die in uns schlummern: Gesunde Haltung, Körperspannung, aber nicht Verspannung, richtiges Atmen und Beweglichkeit. Den eigenen Körper bewußt wahrnehmen heißt, auch im stressigen Alltag mal zur Ruhe kommen zu können.

Für eher Experimentierfreudige bietet "Das Atelier" Stimm- und Bewegungsimprovisation an.
Doch auch Bewegungsmuffel sind willkommen: Regelmäßig werden Lesungen und musikalische Aufführungen veranstaltet. Wer einen Besuch im "Atelier" vom eigenen Tageshoroskop abhängig macht, sollte sich mal mehr mit der Magie der Planeten beschäftigen, z.B. in einem Astrologiekurs.

Wohnwagenräumung Schanzenstaße

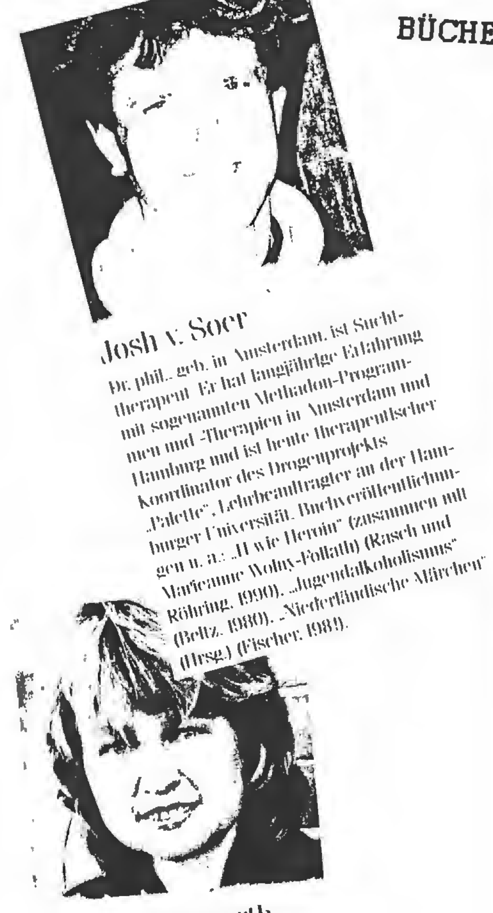
Nach fast einem Jahr der schweigenden Unterstützung sah sich das Bezirksamt Mitte, ausgelöst durch verschiedene Artikel über diese "Geschäftemacherei mit der Wohnungsnot" (s. NSL Aug. '91, aber auch MoPo 24.9.91) gezwungen, zu reagieren. Doch es traf in erster Linie nicht denjenigen, der mit der Wohnwagenvermietung bzw. Vermietung von Stellfläche den dicken Reibach machte, sondern betroffen waren die Menschen, die dort "wohnten".



Das Wirtschafts- und Ordnungsamt erließ am 21.10.91 eine Räumungsverfügung für die Wohnwagen auf dem Grundstück Schanzenstraße 22-24 mit einer Befristung bis zum 21.11.91, d.h. die Bewohner (zur Zeit sind es noch sieben) hatten einen Monat Zeit, sich eine neue Bleibe zu suchen. Zynischerweise fehlte auch nicht der Hinweis, sich bei drohender Wohnungslosigkeit an das zuständige Sozialamt zu wenden; dasselbe Sozialamt, das durch seine Zahlungen erst z.T. diesen mit einem Mal rechtswidrigen Zustand herbeiführte (als Begründung wurde das Wohnwagengesetz vom 10.7.1959 herangezogen).
Dort, beim Sozialamt, waren sie auch in "guten Händen": neben dem Angebot, doch in Mehrbettzimmer in ein berüchtigstes Hotel am Hansaplatz zu ziehen, wurde einigen auch geraten, sich erstmal dort abzumelden, da sie ja eh aus den Wohnwagen 'raus müßten; dies hätte zur Folge gehabt, daß das Sozialamt die laufenden Sozialhilfezahlungen hätte einstellen können und die dann Wohnungslosen ohne festen Wohnsitz hätten sich beim Landessozialamt einreihen können. Doch darauf ging schlauerweise keiner ein!
Gleichzeitig wurde beim Verwaltungsgericht am 22.11. ein Antrag auf eine einstweilige Verfügung eingereicht, die die Räumung der Wohnwagen solange aussetzen soll, bis die Bewohner neue Wohnungen gefunden haben; es sei zum einen eine zu kurze Frist (vier Wochen), zum anderen ist die Unterbringung in einem Mehrbettzimmer sicherlich unzumutbarer als in einem Wohnwagen zu leben (Privatssphäre, unterschiedliche Tagesabläufe etc.).

Doch zugleich wurde auch das Wohnungsamt aktiv: alle Bewohner erhielten innerhalb kürzester Zeit einen Dringlichkeitsschein; es kann nur vermutet werden, daß dies auf eine interne Dienstanweisung zurückzuführen ist, denn normalerweise dauert dies vier bis sechs Wochen und es wird stets eine Begründung von Behörden oder Beratungsstellen verlangt.
Und es gab auch Wohnungen. Am 25.11. wurden den Bewohnern Wohnungen angeboten, alle im Bezirk Mitte, aber dort eben in Hamm, Horn und Billstedt. Bis auf einen wollen alle anderen diese Angebote wahrnehmen. Gegen H.-J. Forstreuter, den "sozialen Vermieter", wird momentan nicht ermittelt, obwohl er sich zumindest einer Ordnungswidrigkeit schuldig gemacht hat. Dafür läuft ein anderes Ermittlungsverfahren gegen ihn, weil er mit einem Hammer auf einen seiner Mieter losgegangen ist! Sein Verhalten gegenüber seinen "Mietern" und der Öffentlichkeit ist fast schon als einmalig zu bezeichnen (hoffentlich!): er wollte des öfteren angebliche Mietrückstände abkassieren, obwohl Zahlungsquittungen vorliegen; nach der Räumungsverfügung wollte er sogar die Wohnwagen verkaufen, die den Bewohnern selbst gehören; am 21.11. wollte er einem Kamerateam von RTL an den Kragen; der MoPo und der taz schickte er Gegendarstellungen zur Berichterstaatung, da diese angeblich falsch sei (z.B. wurde eine Miete von DM 690,- /Monat genannt, dies soll nun nicht stimmen, obwohl der Mietvertrag vorliegt) etc.
Dies werden aber sicherlich noch nicht die letzten Worte über H.-J. Forstreuter gewesen sein.

BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER *



Josh v. Soer

Dr. phil., geb. in Amsterdam, ist Suchttherapeut. Er hat langjährige Erfahrung mit sogenannten Methadon-Programmen und -Therapien in Amsterdam und Hamburg und ist heute therapeutischer Koordinator des Drogenprojekts „Palette“, Lehrbeauftragter an der Hamburger Universität. Buchveröffentlichungen u. a.: „H wie Heroin“ (zusammen mit Marieanne Wolny-Follath) (Rasch und Röhring, 1990), „Jugendalkoholismus“ (Beltz, 1980), „Niederländische Märchen“ (Hrsg.) (Fischer, 1989).

Irene Stratenwerth

ist Diplom-Pädagogin und hat fünf Jahre lang in therapeutischen Wohngemeinschaften mit Drogenabhängigen gearbeitet, bevor sie freie Journalistin wurde. Heute arbeitet sie u. a. für den Norddeutschen Rundfunk, die „taz“, „Brigitte“ und „Ökotest“ zu Themen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich, Frauen und Alltagsökologie. Sie ist Mutter von zwei Kindern.



Viele von ihnen werden süchtig geboren, und noch auf der Säuglingsstation beginnt der Entzug. Doch die Geburt eines eigenen Kindes ist für drogenabhängige Mütter und Väter oft auch ein Moment des Glücks und der Hoffnung auf ein anderes: ein sinnvolles und in der Gesellschaft akzeptiertes Leben. Allen gesellschaftlichen Verurteilungen zum Trotz versuchen immer mehr Drogenabhängige mit ihren Kindern zusammenzuleben. Die Angst, das Kind durch amtliche Maßnahmen zu verlieren, ist ständig gegenwärtig. Und obwohl die Zahl der Kinder von Heroinabhängigen in Deutschland inzwischen in die Zehntausende geht, gibt es für diese Familien kaum Hilfsangebote. So sind auch die Kinder mit den besonderen Problemen ihrer Eltern oft ganz allein. Sie erleben Kriminalität und Kriminalisierung ihrer Eltern und das Verbot, darüber zu sprechen. Sie werden verzweifelt geliebt und gleichzeitig vernachlässigt, solange die Heroinbeschaffung den Tagesablauf bestimmt.

Drogenabhängige Mütter, Väter und einige ihrer Kinder kommen in diesem Buch in Protokollen über ihr Leben zu Wort. Sie schildern die Probleme, mit denen sie kämpfen, aber auch die Kräfte, die ihnen zugewachsen sind. Sie erzählen über freiwillige und erzwungene Trennungen und über die Schwierigkeit, sich die Liebe und die Erziehung der Kinder z. B. mit Pflegeeltern zu teilen.

Zusätzlich haben die Autoren in Kinderkliniken, Drogeyberatungsstellen, sozialen Diensten und Kinderheimen recherchiert, haben medizinische, soziale und psychologische Aspekte einer Kindheit mit drogenabhängigen Eltern zusammengetragen und berichten über hoffnungsvolle Ansätze einer Hilfe für Eltern und Kinder in den Niederlanden.

BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHEI
BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER
BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER * BÜCHER *



Stefan Seifert
Lotta armata
Die Geschichte der Roten Brigaden

Das Buch richtet den Blick auf Italien. Die dortigen Klassenkämpfe hatten Anfang der 70er Jahre ein wesentlich höheres Niveau erreicht als etwa in der BRD. Einer anderen Tradition entsprechend, gab es ungleich mehr Bereitschaft, in einer konkreten historischen Situation Kapital und Staat gegenüberzutreten.
Die Geschichte der Roten Brigaden (BR) wird anhand ihrer Theorie und Praxis nachgezeichnet: Von der fortschreitenden Radikalisierung der Arbeiter und Studenten in den 60er Jahren, bis zu dem Entschluß, den bewaffneten Kampf aufzunehmen; Von der ersten Aktion der BR -Brandstiftung 1970- über die ersten "ungeplanten" Toten bis zur ersten "Hinrichtung" eines Klassenfeindes (1976); Vom Höhepunkt ihrer organisatorischen Stärke während der Moro-Entführung 1978 bis zum Scheitern der Entführung des US-Genarals Dozier 1982 und dem anschließenden strategischen Rückzug; Von den Spaltungen innerhalb der BR Anfang der 80er Jahre bis zu einer scheinbaren Renaissance des bewaffneten Kampfes in der zweiten Hälfte der 80er Jahre; Von den ersten Zweiflern und Kritikern in der Gruppe bis zum Auseinanderbrechen der BR; Von den staatlichen Versuchen der militärischen Lösung des "Problems Terrorismus" bis zu den Versuchen mit Hilfe sogenannter "Pentiti" (in etwa den Kronzeugen in der BRD vergleichbar) und der sogenannten "dissociati" (Losgesagte, Abschwörer - die ihre politische Vergangenheit öffentlich als Fehler bezeichnen), die "Krankheit Terrorismus" zu bekämpfen. Schließlich wird die derzeitige Debatte der brigadisti in den Knästen skizziert, die sich im wesentlichen um die Beendigung des bewaffneten Kampfes aufgrund der gewandelten politisch-sozialen Lage dreht, oder aber, so die Gegenposition, um dessen weiterhin strategische Notwendigkeit und Legitimation vor dem Erstarken des Imperialismus und dessen Angriff durch die soziale Befriedung Westeuropas.
Lotta armata - Die Geschichte der Roten Brigaden ist eine Darstellung und Analysen des bewaffneten Kampfes in Italien und bleibt dennoch nicht auf Italien beschränkt. Vielmehr kann die italienische Geschichte zeigen, wie wirkungsvoll, im Sinne der eigenen Strategien, der bewaffnete Kampf innerhalb der deutschen Verhältnisse war oder immer noch ist.

220 Seiten, 26,-DM ISBN: 3-89408-307-7
Edition ID-Archiv, Berlin - Amsterdam 1991



Ingrid Strobl
Strange Fruit
Bevölkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden
Widerstand

Bevölkerungspolitik ist der geplante, methodische Eingriff in das Fortpflanzungsverhalten von Bevölkerungen oder bestimmten Bevölkerungsgruppen. Bevölkerungspolitik wird sowohl von einzelnen Staaten gegen die eigene Bevölkerung praktiziert als auch von Staaten oder Interessensgemeinschaften von Staaten gegen die Bevölkerung anderer Staaten. Die BRD betreibt z.B. innerstaatliche Bevölkerungspolitik durch finanzielle Zuwendungen für's Kinderkriegen, den §218 etc. und gleichzeitig ist sie an der Bevölkerungspolitik, im Verbund mit den reichen Staaten des Nordens, gegen die arme Bevölkerung der drei Kontinente Asien, Afrika, Lateinamerika beteiligt.
Bevölkerungspolitik liegt im Interesse jeder Form von Herrschaft. Die jeweils Herrschenden, sei es auf politischer, ökonomischer, militärischer oder religiösen Ebene, wünschen das Wachstum "ihrer" Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse zu beeinflussen.
Die Diskussionen über Bevölkerungspolitik in den Metropolen ist von Technokraten bestimmt und nimmt in der Öffentlichkeit mittlerweile schon paranoide Züge an ("Das Boot ist voll" etc.), aber auch in feministischen und linken Zusammenhängen ist die Diskussion darüber geprägt von rassistischen und sexistischen Ideologien und Verhaltensweisen, die letzlich ebenso am Erhalt der vorhandenen Priveligien beruhen. Die Bereitsschaft, sich mit dieser Geprägtheit auseinanderzusetzen, ist jedoch die Voraussetung für jede ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema. Dies beinhaltet eine grundsätzliche Konfrontation mit der herrschenden Norm, mit dem Wertesystem, das diese Gesellschaft prägt und den meisten Menschen quasi zur zweiten Natur geworden ist.
Das Buch *Strange Fruit* ist ein Beitrag gegen die momentane "Flüchtlings-, Asyl- und Ausländerdebatte" und die 500-Jahr Feiern der Kolonisatoren 1992.

100 Seiten, 10,-DM ISBN: 3-89408-016-7
Edition ID-Archiv, Berlin-Amsterdam 1991















huckepack
040/ 39 16 33
Fuhrbetrieb in Selbstverwaltung
Wir packen's
FACHSPEDITION NATURWAREN UMZÜGE

Umzüge: Nah-Fern-Übersee
Beiladungen: europaweit
Büroumzüge

huckepack
Behringstraße 14 · 2000 Hamburg 50
040 / 39 16 33
Einlagerungen · Möbelmontage · Verpackungsservice · Kartonverkauf · Behördenabrechnungen

Buchhandlung YOL

Schanzenstraße 5 Tel. 43 54 74

Wir haben Bücher und Informationen über die Türkei, Emigranten in der BRD, Literatur von türkischen Autorinnen und Autoren.
AYRICA TURKÇE KITAPLAR

YOL KİTABEVİ



c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK
SCHULTERBLATT 55
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08
FAX 040/43 38 11

KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHANZENSTRASSE 59
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 88
SPIELE 040/439 68 32
FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

Und wo gibt's das "Neue Schanzenleben"?

Na, in beiden Läden natürlich. Schaut doch mal 'rein.

* Das Buchladenkollektiv *



die Spezialisten für
Motorradklamotten
und besondere Ideen
Reparaturen

Bergiusstr. 12, 2 HH 50, Tel. 39 67 79
Di—Fr 14—18.30, Sa n..V.



Kompletter Partyservice
Kaltes Buffet
Warme Speisen

Rothenbaumchaussee 63
2000 Hamburg 13
Telefon 410 22 17

Schulterblatt 36
2000 Hamburg 36
Telefon 430 20 31

Öffnungszeiten: 12.00 Uhr bis spät in die Nacht

HOLLAND KAAS IMPORT GMBH

naturgereifte Käse

Schulterblatt 60



